



Common Ground – Unser Gut und Lebensraum

Common Ground - Unser Gut und Lebensraum

Konzept & Herausgeber	Vorstand ZV Steiermark Claudia Volberg, Martin Brischnik (Präsident), Burkhard Schelischansky (Schriftführer), Armin Stocker (Vizepräsident), Martin Pilz (Kassier)
Eingeladene AutorInnen	ANAH Daniela Oberauer, Wolfgang Novak Franz Denk Roland Gnaiger Eugen Gross Tanja Gurke Alexander Hagner Anke Strittmatter Hansjörg Tschom
Förderung	Land Steiermark - Kultur, Europa, Außenbeziehungen

Editorial

Burkhard Schelischansky & Claudia Volberg

Die Zentralvereinigung der Architekten Steiermark möchte mit der Publikation der vorliegenden Textsammlung zum Thema „Common Ground - unser Gut und Lebensraum“ – eine öffentliche Auseinandersetzung starten, die sich in Folge zu dieser Publikation zu einem Blog entwickeln soll.

Unser Ziel ist es, durch das redaktionelle Zusammenstellen unterschiedlicher Positionen eine Ordnung und Kontextualisierung in die Vielzahl der derzeit parallel laufenden Diskussionen zur Verteilungs- sowie Mitbestimmungsfrage zum städtischen Wohnraum zu bringen. Die Bündelung bietet ebenfalls die Möglichkeit, Lösungsansätze herauszustellen und noch weniger diskutierte Zusammenhänge aufzuzeigen.

Anhand der Plattform kann eine dynamische Diskussion auf interdisziplinärer Ebene zu einer gemeinsamen Auseinandersetzung einladen sowie Interessierte erreichen.

Bei der Auseinandersetzung mit der Thematik haben wir verschiedene Positionierung und Projekte verfolgt, die wir mit den Autorinnen und Autoren zu dieser Sammlung zusammengestellt haben. Die kompakte Anordnung soll zu einer eigenen Positionierung anregen.

Was verbirgt sich hinter dem Titel „Common Ground - unser Gut und Lebensraum“ im Zusammenhang mit Stadt, Wohnraum und Mensch? Hierzu einige Überlegungen:

Seit der Finanzkrise gelten Immobilien sowie städtisches Bauland wieder als eine der sichersten Geldanlageobjekte in der neuen Dynamik der Finanzwelt. Dies hat in den letzten Jahren zu einer wachsenden Nach-

frage an Anlegerwohnungen in städtischer Zentrums Lage geführt, die auf den rasant steigenden Bedarf an städtischen, aber auch leistbaren Wohnraum trifft. Denn aufgrund des höheren Angebotes am Arbeitsmarkt und Mobilität hält die lokale Landflucht weiterhin an und lässt Einwohnerzahlen unserer Städte und Ballungszentren kontinuierlich ansteigen. So ist zum einen das Interesse am Neubau von Luxuswohnungen in zentraler städtischer Lage und zum anderen die Schaffung günstiger, jedoch qualitativ schlechter Wohnungen in unvorteilhafter Lage zu vermerken. Die Konsequenz ist ein erhöhter Druck auf den Immobilienmarkt der Städte. Diese polarisierende Situation hat zu einer Segregation unserer Städte geführt, wodurch die Wohnungsfrage in unseren Städten zu einem zentralen politischen und somit gesellschaftlichem Thema wird. Denn die fortdauernde Segregation des Wohnraums schafft eine soziale und kulturelle Abschottung – in anderen Ländern bereits anhand von Gated Communities zu beobachten. Doch gerade die bestehende soziale Durchmischung unserer Stadtquartiere ist für das lebendige urbane Stadtgefühl und die geschichtlich gewachsene Identität unserer Städte verantwortlich. Denn die Wohnqualität ist eng vernetzt mit der Nutzung des urbanen Raums, der den Ort für Kommunikation des Einzelnen mit der Gemeinschaft bietet und das Verantwortungsgefühl für das Zusammenleben schafft. Wird Wohnraum allerdings zur neuen Währung, entfällt das Interesse an common ground, da seine Lukrativität nicht in Zahlen zu erfassen ist. So entstehen neue Wohnviertel

aus einer Reihung von Anlegerwohnungen, die keine langfristige nachbarschaftliche Gemeinschaft und Identität mit der Umgebung generieren.

Das Ergebnis dieser reinen Summe von Spekulationsobjekten könnte zu zukünftigen Brennpunkten von gesellschaftlichen Problemen werden.



Insbesondere jetzt, in einer Zeit, in der die Versäumnisse in der Wohnbaupolitik der vergangenen Jahre mit einer großen Veränderung unserer Gesellschaft durch globale Migrationsbewegungen zusammentreffen, wäre ein aktiver Städtebau gefragt. Hingegen kennzeichnen Ratlosigkeit oder kurzfristige Lösungen das Handeln der zuständigen Verantwortlichen der städtischen Planung. In Einzelfällen versuchen Nachbarschaftsinitiativen als eine Art NGO-Städtebau die immens wichtige und komplexe Aufgabe für sich zu meistern.

Jedoch genau jetzt wären holistische Strategien – gemeinsam mit Politik und Wirtschaft

– gefordert, die den fortlaufenden Prozess der Veränderung unserer Gesellschaften und ihr Klima städtebaulich unterstützen und Wohnraum innerhalb des Allgemeinnutzens der Stadt sehen. Es werden keine Regelungen sein, die das Gebaute bis zur Firsthöhe definieren, sondern urbane Maßnahmen, die das Entstehen einer sich verändernden Gesellschaft ermöglichen - sozial ökologisch und nicht technisch smart.

Graz, 2016

Bild:
Flüchtlingsunterkunft 2015 in
Graz Umgebung,
© Martin Brischnik



Vorwort

Martin Brischnik

Unter allen Themen, welche unsere Gesellschaft und unsere Medien gegenwärtig beschäftigen, nehmen die Architektur und die Baukultur eine verschwindende Rolle ein. Einzig das Thema des Wohnbaues regt die Gemüter, vor allem wenn es um die Leistbarkeit des Wohnens geht.

Die Migrationsbewegung nach Europa von 2015/2016 hat die Diskussion zum Thema des leistbaren Wohnbaus angeheizt, stand doch die Erwartung im Raum, dass aufgrund der ankommenden Menschen neuer Wohnraum in großen Mengen geschaffen werden müsse. Die aktuellen Probleme im Bereich des Wohnbaus haben allerdings nichts mit MigrantInnen zu tun - sie sind den Entwicklungen der vergangenen Jahre geschuldet.

Eines der Probleme in der gängigen Wohnbaupraxis ist das verfilzte Netzwerk von Politik, Wohnbau - Genossenschaften und ausführenden Firmen. Die Genossenschaften, welche am Sektor des sozialen Wohnbaus eine annähernde Monopolstellung innehaben, agieren intransparent und es bestehen immer wieder Zweifel an deren Gemeinnützigkeit. Die Politik bzw. Verwaltung, deren Gesetzgebung die Genossenschaften reglementieren sollten, scheint nur wenig Durchsetzungsvermögen ihnen gegenüber zu haben. Daraus resultieren zumeist innovationslose Bauten, deren Ausführungsqualität auf das an die Förderung gebundene Mindestmaß gedrückt wurde, ohne dabei allerdings den Gewinn für die beteiligten Akteure zu schmälern. Einzig die PlanerInnen, welche zumeist nur als unnötiges Übel

betrachtet werden, sind in diesem Zusammenspiel gezwungen Nachlässe zu geben, welche wirtschaftliches Arbeiten kaum noch ermöglichen. Ihnen wird am Ende sowohl die Innovationslosigkeit der Wohnburgen als auch die von den BewohnerInnen subjektiv zu hoch erscheinenden Kosten vorgeworfen. Das zweite Problem, welches enormen Einfluss auf die Miet- und Anschaffungskosten von Wohnraum hat, liegt darin, dass seit der Wirtschafts- und Bankenkrise die herkömmlichen Spar- und Anlageformen zunehmend unattraktiv geworden sind und nun Wohnraum als Ersatz für das Spargeld fungiert. Das hat zur Folge, dass InvestorInnen Unmengen an Anlegerwohnungen errichten, welche vor allem den Ansprüchen einer Geldanlage entsprechen. Kleine Wohnungen lassen sich am besten vermarkten, da der Quadratmeterpreis proportional höher ist und die Anschaffungskosten überschaubarer sind. Themen wie Anpassbarkeit, Flexibilität der Wohnungsgrundrisse, Gemeinschaftsbereiche oder Attraktivität der Außenanlagen spielen hier keine Rolle. Maßgeblich sind die Errichtungskosten; eventuell wird ein wenig Fassadendesign betrieben, um die Attraktivität im Verkaufsprospekt zu heben. Viele der Anlegerwohnungen stehen von Beginn an leer und werden weder vermietet noch bezogen.

So wird in besseren, urbanen Lagen spekulativ Leerstand errichtet, der die Anschaffungskosten und Mietpreise sukzessive nach oben treibt; während die Genossenschaften in den urbanen Speckgürteln die styroporgedämmten Ghettos für sozial weniger gut gestellte Menschen und MigrantInnen bauen.





wohl „faire Wohnbauträger“ als auch „faire Baufirmen“ gegründet und gefördert werden, die das Recht der BürgerInnen auf qualitatives Wohnen ermöglichen. Schließlich möge die Politik erkennen, dass Forschung und Innovation im Sektor des Städte- und Wohnbaus unumgänglich sind, um unsere Gesellschaft voranzutreiben.

Graz, 2016

Die vor uns liegenden Aufgaben sind klar: Wir beginnen, den Wert der Ressource Boden zu erkennen und spüren mit der Klimaerwärmung die Auswirkung unseres gedankenlosen Umgangs mit Energie. Verdichtung, Vermeidung von Leerstand sowie radikales Umdenken hinsichtlich der Praxis, sich Arbeitsräume, Unterrichtsräume und Wohnräume getrennt voneinander zu leisten, drängen sich als Antworten auf diese Fragen auf.

Wir befürchten die wachsende Unzufriedenheit in sozialen Ghettos. Vorausschauender Städtebau sollte soziale Durchmischung und Diversität vorschreiben, um Integration auf jeder, somit auch sozialer Ebene, zu gewährleisten.

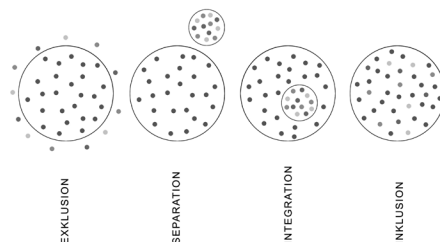
Die Netzwerke und Monopole der Wohnbaugenossenschaften sollten aufgebrochen werden; neben „fairen Banken“ müssen so-

Bild S. 8:
Schwarzplan Graz_www.
schwarzplan.eu
Bild S. 9:
Blick vom Schlossberg auf
Graz_2015

Eine (persönliche) urbane Momentaufnahme

Alexander Hagner

Immer häufiger, wenn es um den sozialen Frieden im städtischen Raum geht, fallen die Begriffe „Exklusion“, „Separation“, „Integrati-on“ und zunehmend auch „Inklusion“. Dazu gibt es Schaubilder wie dieses:



Vernachlässigen Sie einmal die Bezeichnungen und betrachten Sie nur die Grafik – angenommen, die unterschiedlichen Farben stehen für unterschiedliche Menschen, zum Beispiel hinsichtlich Alter, Herkunft, Religion, Einkommen, Bildung, Interessen etc. Welche der vier Darstellungen bildet die bestehende Bevölkerungssituation einer mitteleuropäischen Stadt am ehesten ab?

Einmal abgesehen von geringfügig vorhandenen Ansätzen eines „getrennten Zusammenlebens“ treffen gerade im urbanen Raum alle immer wieder auf alle. Dabei werden die individuellen Unterschiede für sich genommen zwar größer, spielen aber in der globalen Welt eine immer kleinere Rolle, da diese durchmischerter ist als sie je war. Dahinter steckt keine politische Strategie, sondern die automatische Entwicklung fast aller Gesellschaften.

Daher handelt es sich heute bei den ersten drei Abbildungen mehr denn je um theoretische

Tendenzen und bei der vierten um ein reales Faktum. So betrachtet, leben (praktizieren) Stadtbewohner tatsächlich täglich Inklusion, während politische Strömungen diese einfordern oder andere sich dagegen stemmen. Da Letztere schon in der bisherigen Menschheitsgeschichte keine Chance hatten und in der Zukunft noch weiter vom realen Leben entfernt sein werden als je zuvor, stellt sich also nur die Frage, wie kann innerhalb der gewachsenen Strukturen das Miteinander in der Gesamtgesellschaft der Stadt gefördert werden?

Denn gerade, weil einerseits ein zunehmender Durchmischungsvorgang automatisch abläuft, wächst andererseits leider auch die ebenfalls automatisch bzw. natürlich vorhandene Ablehnung der Menschen gegenüber Fremden. Dieses durchmischungsbedingte Anschwellen des Konfliktpotenzials braucht dringend Ansätze, die – im Gegensatz zu gated communitys – auf ein Miteinander angelegte und damit langfristige Lösungen abzielen.

Segregationsprozesse sind ebenso wie die Gentrifizierung inzwischen als unerwünschte Mechanismen identifiziert, aber auch sie gedeihen als natürliche Folge der globalen Entwicklung ebenfalls automatisch prächtig mit. Verstärkend wirkt noch das Schüren der Angst in der Bevölkerung durch jene, die vom menschlichen Sicherheitsbedürfnis profitieren. Aber obwohl die Sicherheitsindustrie ebenso wie einige politische Parteien immer weniger auslassen, um aus diesen Entwicklungen Kapital zu schlagen, ist der soziale Frieden im europäischen Raum noch weitgehend intakt. Die Statistiken zu schwe-

rer Kriminalität zeigen sogar rückläufige Kurven. Der Anschlag auf Charlie Hebdo sowie die Pegida-Bemühungen mit ihren absurden Zielen sind allerdings Erscheinungen, die Anlass zum Handeln geben.

Ganz im Sinne von Giuseppe Tomasi di Lampedusa „Wenn alles bleiben soll, wie es ist, muss sich alles ändern“ tragen alle Teilnehmenden am urbanen Leben eine Verantwortung dafür. Vor allem aber die maßgeblich am Baugeschehen beteiligten Player, denn sie verfügen über weit wirksamere Werkzeuge für die gesellschaftspolitische Entwicklung als sie sich selbst in den letzten Jahren zugeschrieben haben. Stadtplanende, Immobilienentwickelnde und Architekturschaffende sind hier definitiv keine Opfer, im Gegenteil: mit Winston Churchill gesprochen: „Erst formen wir unsere Gebäude, dann formen sie uns.“ Mich interessiert dabei das Entwickeln von Strategien, die auf den Vorteilen von Prozessen wie steigende Mobilität und Globalität und damit natürlich auch Zuwanderung basieren.

Menschen lehnen das Fremde ja nicht nur ab, sie sind auch neugierig. Das Streben nach Wissen und Horizonterweiterung bot mit einem zufälligen Ereignis 2009 in Wien die Möglichkeit zur Realisierung eines bisher einzigartigen Beitrags zur Durchmischung von Stadt: Studierende der Universität Wien waren gegen Ende des Jahres mit vielen Rahmenbedingungen ihres Studiums derart unzufrieden, dass sie im Anschluss an eine Protestveranstaltung im Audimax dieses für mehrere Monate besetzten. Im beginnenden Winter fanden auch obdachlose Menschen den Weg in Wiens größten Hörsaal und

es wurden immer mehr. Auch die Konflikte wurden mehr, bis einige der Studierenden die bis dahin obdachlosen Zaungäste aktiv ins Geschehen involvierten. Es wurden gemeinsam Flyer kopiert, Rasseln aus leeren Bierdosen für die nächste Demo gebaut und es wurde gemeinsam gekocht. Damit gingen der Alkoholkonsum und gleichzeitig die Konfliktbereitschaft zurück und die Protestaktion wurde sogar um die Kritik an der zunehmend katastrophalen Lebenssituation benachteiligter Menschen insgesamt erweitert.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung begaben sich nach Ende der Protestbewegung einige Studierende auf die Suche nach einem Gebäude, an dem das konstruktive Miteinander fortgeführt werden sollte. Gefunden haben sie ein altes Biedermeierhaus im Universitätsviertel, das trotz sehr prominenter Lage mitten in der Stadt über mehrere Jahre hinweg keinem Investor ausreichend Ertrag versprechend erschienen war. Ein Glücksfall, denn während Grundstücke auch in Wien zunehmend zu kurzfristigen Spekulationsobjekten mit katastrophalen Langzeitfolgen für das reale Stadtleben verkommen, blieb hier etwas übrig. Dank einer unrentablen Bauklasse-II-Widmung und der darüber verhängten Schutzzone war das Gebäude nach langem Leerstand zu einem Preis zu haben, der einen Spender auf den Plan rief. Ein weiterer Glücksfall, denn obwohl vielen Menschen aus der besitzenden Schicht völlig klar ist, dass sozialer Friede noch nie kostenlos zu haben war, schwindet gerade bei den Vermögendsten die Bereitschaft, Verantwortung mitzutragen. Anders bei dem Bauindustriellen Hans Peter Haselsteiner,

der mit seiner Familienstiftung den Kauf des Hauses ermöglichte und damit das Projekt „VinziRast-Mittendrin“.

Basierend auf der studentischen Initiative entstand mit dem Verein Vinzenzgemeinschaft St. Stephan, der unter anderem ein Notquartier für obdachlose Menschen betreibt, in den darauffolgenden zwei Jahren ein Gebäude für das Zusammenleben von nun ehemals wohnungslosen Menschen und Studierenden. Vorbilder dazu gab es weltweit keine. Ein Gebäude für Obdachlose und Studierende zur gemeinsamen Nutzung – wozu auch? Die Schnittmenge ist tatsächlich auch bei eingehender Betrachtung eher gering. Während für die einen die Vergangenheit derart prägend war, dass Gedanken an die Zukunft oft nur schwer zu ertragen und daher sehr kurzsichtiger Natur sind, bereiten die anderen gerade eben diese Zukunft voller Optimismus vor. Viel unterschiedlicher kann die Ausgangslage für eine Gemeinschaft kaum sein. Und doch gibt es einen handfesten Grund, dieses „Menschenexperiment“ (wie uns oft missbilligend vorgeworfen wurde) zu wagen, nämlich die zufällig gemachten Erfahrungen in einer Situation, in der beide Gruppen Amateure waren. 2009 im Audimax rief niemand die Polizei, um die Störenfriede beseitigen zu lassen. Die Studierenden erkannten in den Asylsuchenden ebenfalls benachteiligte Menschen und erweiterten ihren Protest um deren Anliegen. hier ging es um Empathie.

Seit 2013 teilen sich nun im sanierten und erweiterten Biedermeierhaus knapp 30 Personen unterschiedlichster Herkunft in zehn gemischten Wohngemeinschaften drei

Stockwerke. In der Konzeptionsphase stand zwar zur Diskussion, die beiden Gruppen WG-weise oder sogar stockwerksweise zu trennen, die damalige Entscheidung, eine solche Option weder baulich noch organisatorisch weiterzuverfolgen, ist aber auch aus heutiger Sicht genau die richtige, da so der naheliegenden Lagerbildung entgegenge wirkt wurde. Zudem sind Gruppenkonflikte eine weit größere Gefährdung von gemeinsamen Bemühungen als es Probleme zwischen Einzelnen sein können. Die anfänglichen Rollenbilder sind so tatsächlich mit der Einkehr des Alltags weitgehend verschwunden. Die Bewohnerinnen und Bewohner finden gemeinsame Beschäftigung in den drei Werkstatträumen im Erdgeschoss, im Dachgarten mit angrenzendem Atelier und im Lokal, das dieses Sozialprojekt mit dem Rest der Stadt verbindet. So nehmen seit zwei Jahren an einem durchschnittlich besuchten Tag ca. 300 Menschen an VinziRast-Mittendrin teil, sei es als Besuchende von Filmabenden im Veranstaltungsraum, bei Yoga-Stunden, externen Pressekonferenzen im Dachatelier oder als Gäste im Lokal.

Viele von ihnen wissen vom sozialen Projekthintergrund erst einmal nichts. Die Strategie, Organisation und Gestaltung so symbiotisch anzulegen, dass eine Obdachloseneinrichtung völlig selbstverständlicher Teil des urbanen Lebens wird, ging auf. Genau genommen überhaupt nicht verwunderlich, da wir lediglich umgesetzt haben, was eine andere Betrachtungsweise ergibt: Benachteiligte Menschen sind ein Teil der Menge der Stadtbewohner. Ich bemühe dazu nochmals die eingangs gezeigte Grafik zum

Stichwort Inklusion. Die entsprechende Architektur von der städtebaulichen Lage über deren Gestaltung bis hin zur Ausstattung kann also nur aus dem Kreis und nicht von außerhalb kommen. Alles andere vertieft die Stigmatisierung. Gräben zu vertiefen, Mauern zu erhöhen oder überhaupt Grenzen zwischen Menschen zu fordern, ist hingegen Ausdruck des Versagens vor allem jener, die über andere Werkzeuge verfügen und gelernt haben, damit umzugehen.

Tatsächlich sieht der praktizierte Umgang mit marginalisierten Gruppen in der gebauten Umwelt leider völlig trostlos aus: Die meisten Sozialprojekte riechen so, fühlen sich so an und schauen so aus. Mangelprojekte für den Mangel zu bauen, ist aber ohne jede Hoffnung. Werden hingegen Städte und Gebäude absichtlich für ein Miteinander generiert, verringert das die Gefahr der Vermehrung dieses hässlichen Rests, der letztlich wieder nur Hässlichkeit hervorbringt. Die Durchmischung ist eine große Chance! Und das gilt nach innen wie nach außen.

Da unser konkreter Projektentwurf eine Überschreitung der festgelegten Gebäudehöhen vorsah, musste er dem örtlichen Bauausschuss, der sich aus allen im Bezirk vertretenen Parteien zusammensetzt, vorgelegt werden. Es gab keine Gegenstimme (und auch keine Enthaltung)! Erstmals in unseren Bemühungen um verschiedenste Unterkünfte für obdachlose Menschen war ein solches Projekt politisch gewollt. Alle hatten verstanden, dass die heterogene Zusammensetzung der Bewohnerschaft für niemanden eine Gefahr darstellt. Während bei unseren anderen Obdachlosenprojek-

ten, zum Beispiel in Siedlungsgebieten in Stadtrandlagen, innerhalb von zwei Wochen 2.000 Protestunterschriften aus der jeweiligen Anrainerschaft zusammenkamen und die Volksseele bis hin zu Morddrohungen hochkochte, war mitten in Wien ein auf Diversität angelegtes Bauvorhaben für obdachlose Menschen erwünscht. Mit VinziRast-Mittendrin entstand ein Ort, der die Fähigkeit zur Empathie fordert und damit fördert.

Ohne diesen Klebstoff ist das Zusammenleben von Menschen schlecht möglich. Im ländlichen Raum fördert die geringe Anonymität die Empathiefähigkeit. Im urbanen Raum braucht es hingegen gezielt gesetzte Maßnahmen, um den Kontakt zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsschichten nicht zu verlieren. Und es braucht Raum. Viel Freiraum, um den zunehmenden Druck entweichen zu lassen, und viele Resträume, um für die wachsenden Randgruppen ausreichend überlebensnotwendige Nischen zu bieten. Das ist unbedingt zu berücksichtigen, wenn aus Stadtverdichtung nicht Stadtvernichtung werden soll.

Es braucht mehr Räume, die Menschen einerseits dort abholen, wo sie sind, und die andererseits Bereiche öffnen, die sie meiden würden, wären diese vernachlässigt platziert und/oder gestaltet. Heterogenität ist dabei ein Qualitätsmerkmal. Architektur soll ja die Gesellschaft abbilden, deren Kind sie ist oder sein möchte – das Potenzial des Mit- und Durcheinander ist dabei ein idealer Ausgangspunkt.

Wien, 2015

Veröffentlicht *erstmal*
in: 2015_03- *immozeit*

Architektur für obdachlose Menschen – Räume für Menschen ohne Zuhause | Position Koexistenz

Alexander Hagner

Nach zehn Jahren der Beschäftigung mit diesem Thema gibt es für uns noch immer mehr Fragen als Antworten. Was sollen künftige (Wohn-)räume für Menschen, die notgedrungen auf der Straße leben, leisten können? Wir wissen es nicht wirklich, da das sonst übliche Briefing der sonst üblichen Bauherren hier ausbleibt.

Es existieren zwar eigene Kategorien, in die Wohnungslosigkeit eingeteilt wird, sowie entsprechende Richtlinien von öffentlichen Einrichtungen, die für diese Art von Armut zuständig sind, jedoch lassen diese zum einen im Bereich der Architektur das meiste offen und zum anderen erreichen sie vor allem nur einen Teil der Betroffenen.

Der andere Teil ist im öffentlichen und privaten Stadtraum mehr oder weniger sichtbar – die „Inhabitants of the Street“. Diese Menschen leben auf Parkbänken (sofern diese nicht künstlich verkürzt wurden), sie suchen Schutz unter Brücken, in Abbruchhäusern, abgestellten Bahnwaggons ... – nur dort, wo die Stadt Plätze und Räume übrig gelassen hat, bieten sich Chancen auf Zufluchtsorte. Abfälle kennzeichnen auch das Material ihrer Behausungen, ihre Infrastruktur und selbst ihre Nahrung.

Was aber kann Architektur dazu beitragen, solch existentielle Not zu lindern? Wo soll sie stehen? Wie groß muss oder darf sie sein? Wie luxuriös oder wie reduziert?

Es gibt bislang kaum fundierte Untersuchungen und keine Literatur darüber und nur wenige Projekte, die es als vorbildlich oder zumindest bemerkenswert in einen breiteren Architekturdiskurs geschafft haben. Stattdessen gibt es umso mehr Ressentiments

zu diesem Thema. Die größte Schwierigkeit, Menschen am Rand der Gesellschaft trotz ihres Stigmas innerhalb dieser zu belassen, liegt dabei gar nicht einmal in der Entwicklung von entsprechenden Gebäuden selbst, sondern in deren temporären und noch viel mehr in deren dauerhaften Verortung. Nur wenige Bauaufgaben erfordern daher eine so umfangreiche Auseinandersetzung mit dem Bauplatz und vor allem mit den Menschen, die bereits dort leben.

Fast alle unsere Wohnungslosenprojekte sind am fehlenden Willen der Nachbarschaft gescheitert, ihre eigene Umgebung als Standort für eine Obdachloseneinrichtung zu akzeptieren. Bis zur Konzeption von Architektur kam es oft erst gar nicht.

Dabei ist es gerade bei solchen Gebäuden nicht nur nach außen, sondern vor allem nach innen unverzichtbar, die oft nur spärlich vorhandenen Mittel umso effizienter einzusetzen. Eine weitere Erschwernis liegt darin, dass die von akuter Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen nur schwer bis gar nicht in den Planungsprozess eingebunden werden können. Partizipatives Planen ist somit nicht möglich und auch Planung auf Basis von persönlichen Befragungen wohnungsloser Menschen lässt sich nicht direkt umsetzen.

So bleibt neben der umfassenden Recherche über das Leben von Obdachlosen auf der Straße vor allem die Erfahrungserhebung in bestehenden Betreuungseinrichtungen und aus bestehenden Wohnformen. Vorhandene Konzepte reichen dabei neben den üblichen Heimen, Tageszentren und Notquartieren von Containersiedlungen bis

hin zu den in Europa gerade im Entstehen begriffenen Housing-first-Projekten. Alle werden zunehmend wissenschaftlich untersucht und auf dieser Ebene erfreulicherweise vermehrt diskutiert. Die vorliegende Publikation zeigt nun, dass es sich lohnt, auch hinsichtlich architektonischer Möglichkeiten zu forschen und Fragen zu stellen wie zum Beispiel diese:

Wenn eine Architektin oder ein Architekt jene Obdachlosen, welche bestehende Einrichtungen nicht annehmen können oder wollen, als Bauherrenschaft wirklich ernst nehmen, wie könnte ihr Wohnangebot an diese dann aussehen? Jedenfalls nicht einer einzigen Richtlinie folgend, sondern heterogen – so vielseitig wie diese Übriggebliebenen selbst und wie die Stadt, in der sie leben.

Je unterschiedlichere Formen von Wohnmöglichkeiten in einer Stadt zur Verfügung stehen, desto größer ist die Chance, dass möglichst viele Menschen ein Zuhause finden – und genau genommen ist das auch der Sinn von Stadt.

Wien, 2016

POSITION KOEXISTENZ

Wie sieht Architektur für Menschen aus, die sich selbst nicht als Teil ihres Lebensumfelds sehen (können) und von anderen auch nicht als Teil wahrgenommen werden (wollen)? Alt- oder Neubau? Zentrum oder Randlage? Hybrid oder monofunktional? Solide oder fragil?

Mit Sicherheit gibt es hier richtige und fal-

sche Entscheidungen, sofern wir diese – wie bei allen anderen Bauaufgaben auch – von den Nutzenden ableiten. Nehmen wir die Ausgangssituation der Menschen, für die wir Gebäude zur Verfügung stellen wollen, sowie die Begriffe Integration und Nachhaltigkeit wirklich ernst, muss das reflexartige Weniger, Kleiner, Billiger, Schneller etc. ein Ende haben. Mangel darf nicht mit Mangel begegnet werden!

Auch die Architektur verfügt hier über Werkzeuge, um die sonst aufgelegte Abwärtsspirale empfindlich zu stören. Dazu braucht es heute allerdings wieder einen Umdenkprozess bei allen am Bauen Beteiligten.

Mizaél Poggioli sagt: „Arm sein bedeutet nicht so sehr ‚nichts haben‘, sondern ‚nichts sein‘.“ Es geht hier also nicht primär um eine monetäre Frage, sondern vielmehr um den Einsatz der vorhandenen Mittel, allen im Zusammenhang mit einem Gebäude stehenden Beteiligten auch durch deren gebaute Umwelt Wertschätzung zu vermitteln.

Nicht einmal ein Sozialprojekt darf dürrig aussehen, so riechen oder sich so anfühlen – gerade das nicht – ganz im Gegenteil! Wir vergäben sonst die große Chance, das enorme Potenzial von Architektur hinsichtlich Akzeptanz und damit zu Teilnahme, zu Integration und schließlich zu echtem Nachhaltigkeitsbestreben für die Gesamtgesellschaft zu nutzen.

Wien, 2016

URBANE INKLUSION - Kann Graz das?

Anke Strittmatter

Aus Architektensicht ist der Begriff URBANE INKLUSION nachgerade tautologisch. Haben wir doch im Rahmen unseres Studiums immer wieder gehört, dass die Stadt der Ort ist, an dem sich Menschen aller Couleur treffen und akzeptieren, an dem Vielfalt normal und gewünscht ist, an dem sich Fremde unvoreingenommen und neugierig begegnen können. Der ideale Ort für die Aufnahme von Flüchtlingen also. So die Idee.

Die Bilder der Flüchtlingsströme nach und durch Österreich waren beeindruckend und für viele beängstigend. Wie und wo sollten diese Menschen, die täglich zu Hunderten und Tausenden über die österreichisch-slowenische Grenze kamen, untergebracht werden?

Mein Kollege Thomas Lettner und ich beschlossen, dieser Frage gemeinsam mit den Masterstudierenden des Studiengangs Architektur an der FH Joanneum Graz nachzugehen. Unter Einbindung einer Vielzahl von unterschiedlichen Akteuren galt es, auszuloten, welche räumlichen und infrastrukturellen Potenziale die Stadt Graz hinsichtlich einer kurz-, mittel- und langfristigen Unterbringung von Flüchtlingen hat, um daraus schließlich unterschiedliche Lösungsstrategien zu entwickeln.

Wir sind keine Politiker, keine Soziologen, keine Psychologen und keine Migrationsexperten. Wir sind aber selbstverständlich wie jeder Bürger gefordert, Gesellschaft mitzugestalten. Wir als Architekten und Städtebauer haben einen Ansatz gewählt, bei dem unsere Werkzeuge zum Einsatz kommen sollten. Dass die Ränder jedoch gelegentlich

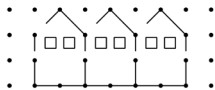
verwischen und wir uns vielleicht den Vorwurf des Dilettierens auf fremdem Terrain gefallen lassen müssen - sei's drum.

Leerstand und Unterbringungsprobleme

Während Graz sich zunehmend ausdehnt und an seinen Rändern zerfasert, ist der innerstädtische Leerstand nicht mehr zu kaschieren. Dieses Phänomen ist freilich nicht neu. Neu ist jedoch der plötzliche Druck, der auf diejenigen lastet, die wegen der Flüchtlingsproblematik vor der Aufgabe stehen, rasch bezahlbaren Wohnraum zu beschaffen. Das Symposium¹ URBANE INKLUSION zeigte auf, wie die Bereitstellung von Unterkünften funktioniert und wo der größte Handlungsbedarf besteht. Demgegenüber stehen Konzepte zur erfolgreich angewandten Zwischennutzung aus Wien oder dem Ausland. Beginnen wir mit den harten Fakten. Verlässliche Zahlen zum Leerstand in Graz gibt es nicht, bzw. sind diese nicht öffentlich zugänglich. Selbstverständlich wissen beispielsweise die Energieversorger sehr genau, in welchen Gebäuden von wem wieviel Strom verbraucht wird. Dadurch ist es möglich, Angaben zum tatsächlichen Maß der Nutzung einer Wohneinheit zu machen. Aus Datenschutzgründen werden diese Informationen jedoch unter Verschluss gehalten. Ob es darüber hinaus beispielsweise auch für Projektentwickler von Vorteil sein mag, dass es so aussieht, als ob dringend Neubauten benötigt werden ist, ist rein spekulativ.

Wenn wir jedoch mit offenen Augen durch Graz gehen, ist der Leerstand unübersehbar. In ihrer Diplomarbeit „Lendlabor –

ZWISCHENNUTZUNG AUF BRACHEN



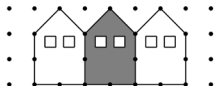
NEUBAUTEN



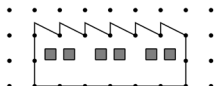
LEERSTAND



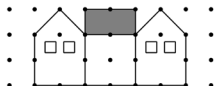
NACHVERDICHTUNG



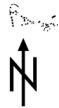
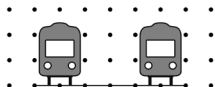
WIDMUNGSFREMDE OBJEKTE



DACHAUFBAUTEN



•WOHNER IN 48 STUNDEN•



5 km

Auf der Suche nach geeigneten Orten...

In einem ersten Schritt haben die Studierenden im gesamten Grazer Stadtgebiet nach potentiellen Orten für eine urbane Inklusion gesucht. Bei drei Orten pro Studierenden ergaben sich über 60 Adressen. Auffällig dabei ist die recht gleichmäßige Verteilung der gefundenen Orte über alle Stadtbezirke. Die Orte konnten dann in Kategorien eingeteilt werden. Darunter fielen beispielsweise Leerstand von Ladenlokalen oder Wohnungen, über Brachen, die sich für eine temporäre Nutzung eignen können bis

vom Leerstand zur Ressource“ haben Lisa Enzenhofer und Anna Resch bereits 2012 den Leerstand im Bezirk Lend ermittelt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es alleine in diesem Bezirk rund 105.000 Quadratmeter ungenützte Wohnräume, Industrieanlagen und Freiflächen gibt.

Die Gründe, weshalb leerstehende Wohneinheiten oder Gebäude nicht genutzt werden sind vielfältig: Bequemlichkeit, Angst davor, die Mieter nicht mehr rauszubekommen, kein Interesse an den notwendigen Instandsetzungen oder keine Mittel dafür. Es gibt aber auch diejenigen, die sehr gerne ihre Gebäude für die rasche Unterbringung von Flüchtlingen bereitstellen würden und die an den hohen baulichen Auflagen scheitern. Hier müssen dringend unkonventionelle und mutige Wege eingeschlagen werden.

Eine Meldepflicht für Leerstand gab es beispielsweise schon einmal in Graz. Warum sollte das heute nicht wieder möglich sein? Leistbarer Wohnraum ist schließlich kein Flüchtlingsproblem, es ist ein gesamtgesellschaftliches.

Inklusion

Der strategisch-konzeptionelle Ansatz ist der, dass Flüchtlinge nicht nur untergebracht, sondern tatsächlich in Stadt und Gesellschaft inkludiert werden sollen.

„Die Forderung nach sozialer Inklusion ist verwirklicht, wenn jeder Mensch in seiner Individualität von der Gesellschaft akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an ihr teilzuhaben oder teilzunehmen. Unterschiede und Abweichungen werden

im Rahmen der sozialen Inklusion bewusst wahrgenommen, aber in ihrer Bedeutung eingeschränkt oder gar aufgehoben.“ (Wikipedia)

Unter URBANER INKLUSION verstehen wir die städtebauliche Manifestierung dieses Ansatzes, der selbstverständlich nicht nur – aber momentan eben in besonderem Maße – für die Unterbringung von Flüchtlingen von Bedeutung ist. URBANE INKLUSION wird jedoch auch als Chance verstanden, vorhandene Räume als Potentiale für eine qualitativere Umgebung für alle Stadtbewohner zu machen. Dies gilt insbesondere für den öffentlichen Raum sowie für öffentlich zugängliche Einrichtungen.

In Ermangelung offizieller Informationen zum Leerstand in Graz wurde die Suche nach geeigneten Orten für URBANE INKLUSION und deren Klassifizierung vorangestellt. Sie wurde nicht systematisch, sondern nach dem Zufallsprinzip vorgenommen und ergab erstaunlicherweise ein recht homogenes Bild, was darauf schließen lässt, dass in allen Grazer Stadtteilen potenzielle Orte für eine Unterbringung vorhanden sind.

Folgende Vorgehensweise wird als Ergebnis der Untersuchungen vorgeschlagen (s. Abb. S. 13):

- Leerstehende Wohnungen sofort für Wohnzwecke zur Verfügung stellen.
- Zwischennutzung von Wohnungen.
- Instandsetzung von Wohnungen (auch unter Mitwirkung der späteren Bewohner).

- Adaptierung von Leerstand zu Wohnzwecken (Büros, Ladenlokale, etc.) bei gleichzeitiger Nutzermischung.
- Zwischennutzung von Brachen mit mobilen bzw. temporären Architekturen bis zum Baubeginn des eigentlichen Bauvorhabens.
- Temporäre Nutzung von Sonderflächen wie beispielsweise der Mur oder Stellgleisen an diversen Grazer Bahnhöfen (Waggons der ÖBB, ergänzt durch mobile Infrastruktureinrichtungen wie Küchen oder Duschen, könnten in 48 Stunden zu einer gut funktionierenden Unterkunft mit qualitätsvollen Außenbereichen adaptiert werden).
- Nutzung der öffentlichen Freiflächen als Begegnungsräume bei gleichzeitiger gestalterischer Aufwertung dieser Flächen.

Den Freiflächen kommt eine besondere Bedeutung zu, da das Wesen der Inklusion die Kommunikation ist und bei der Aufwertung des öffentlichen Raumes der Benefit des Zuzuges für alle Stadtbewohner am deutlichsten sichtbar wird.

Wie und wo genau soll Graz wachsen?

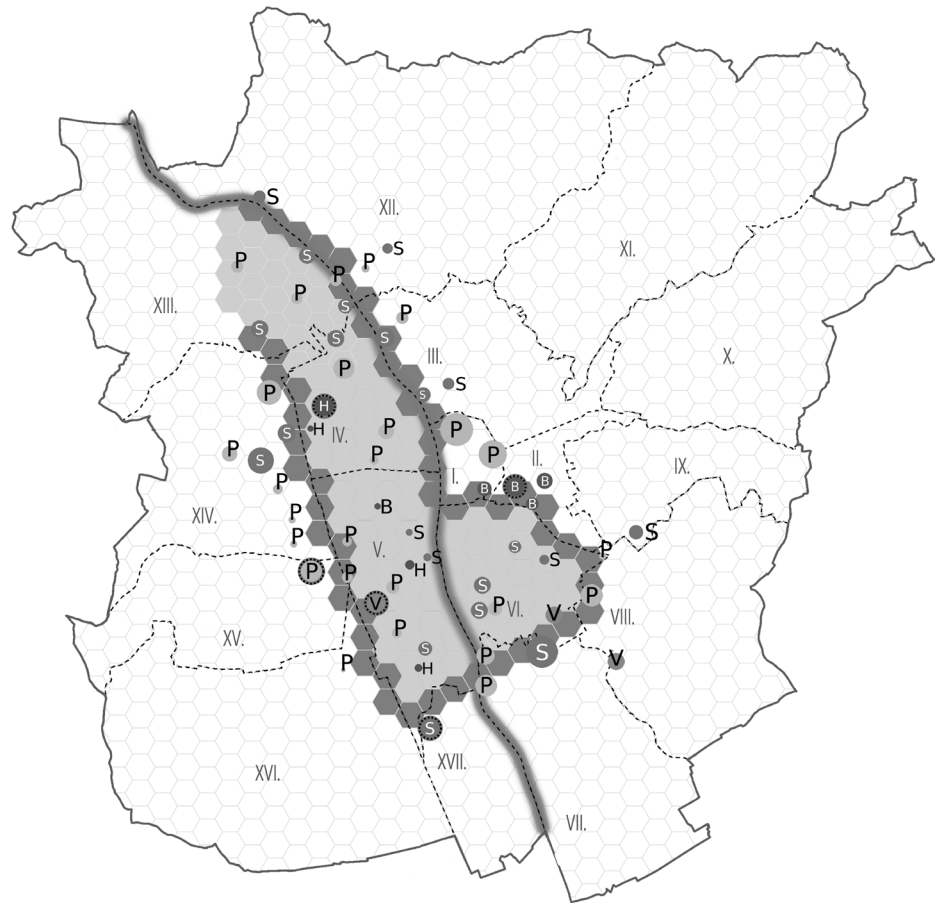
Stellvertretend für alle elf Projekte seien hier zwei der von den Studierenden entwickelten Strategien etwas genauer erläutert. Einerseits gibt es den auf harten Fakten basierenden Zugang, der Nachverdichten und Wachsen nach klaren Kriterien vorschlägt; und am anderen Ende des Spektrums steht ein Ansatz, der sich nach dem größten gemeinsamen sozialen Nenner zwischen den bisherigen und den neuen Bewohnern von Graz richtet (s. Abb. unten).



Die Arbeit Graz radi(k)al² verfolgt das Ziel, Ängsten entgegen zu wirken und zeigt auf, dass Graz durchaus ein großes Potenzial besitzt, um Flüchtlinge unterzubringen. Sie wählt den Ansatz, dass Graz stufenweise nachverdichtet bzw. erweitert werden könnte. Als Grundlage einer sinnvollen Nachverdichtung wurde das Grazer Straßennetz herangezogen, und das Stadtgebiet in Zonen aufgeteilt. Die Zone 1 erstreckt sich auf einen Bereich von jeweils 600 Meter von der nächsten Straßenbahnlinie entfernt, weil dies als zumutbare Entfernung für Fußgänger eingestuft wird, was für nicht motorisierte Flüchtlinge von besonderer Relevanz ist. In Zone 1 sollen zunächst alle bewohnbaren Flächen besiedelt werden. Ist das Potenzial dieses Gebietes erschöpft, soll auf die nächste Zone ausgewichen werden. Zone 2 stellt alle als Wohnraum gewidmeten Flächen dar, die sich nicht in der ersten Zone befinden. Zone 3 schließlich enthält Grünflächen rund um Graz, die nach Nachverdichtung der Zonen 1 und 2 zu Bauland umgewidmet werden könnten. Parallel dazu wurde die Zusammensetzung der Grazer Bevölkerung untersucht, und der Migrantanteil erhoben. Bevölkerungsdichte und Migrantanteil variieren je nach Bezirk stark, was wiederum einen großen Einfluss auf den Verteilungsschlüssel hätte. Selbstverständlich ist das ein Planspiel, das es noch zu justieren und zu schärfen gilt, um Faktoren wie den Schutz von Grünräumen, die Vorhaltung von unversiegelten Flächen oder die Frage nach Lärm- und Luftimmissionen, etc. gezielt zu berücksichtigen.

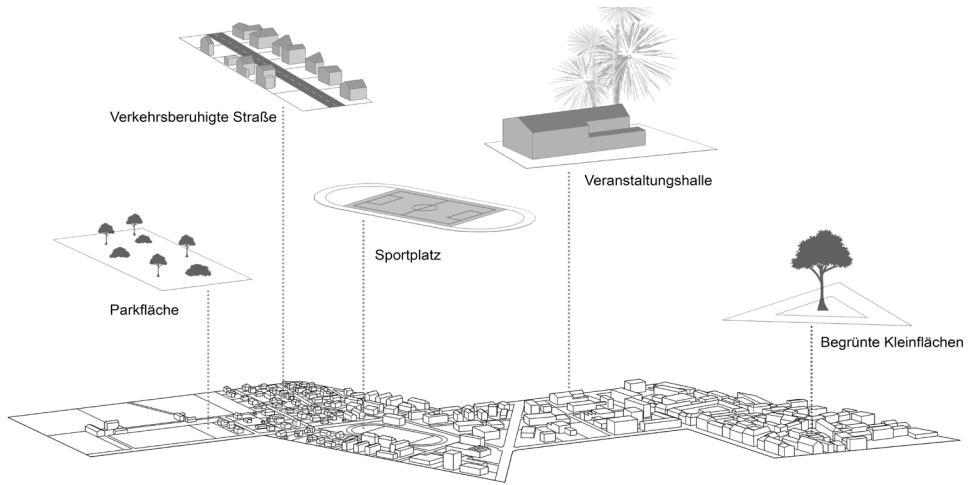
Welche konkreten Orte und welche Maßnahmen sind geeignet?

Das Projekt LUST³ untersucht, wie wir es schaffen können, Menschen unterschiedlicher Herkunft im urbanen Raum zusammenzubringen. Wie und wo sollen idealerweise Begegnungsräume entstehen? Und auch hier wieder der Ansatz, dass diese Maßnahmen nicht nur, aber auch für die bereits ansässigen Grazer von Vorteil sein sollen. Grundlage der Arbeit waren Befragungen der Stadt Graz aus dem Jahr 2013 zur Lebensqualität in Graz⁴. Dabei wurde erhoben, welche Bevölkerungsgruppen es hier gibt. In den Bezirken Gösting, Lend, Gries und Jakomini gibt es die stärksten Dichten multikulturellen Zusammenlebens und in diesen Bezirken lassen sich auch die stärkste Unzufriedenheit und größten Ängste feststellen. Die Annahme lautet, dass in den Übergangsbereichen von hoher zu niedriger multikultureller Dichte das größte Inklusionspotenzial besteht. Um bereits ansässige und neu zuziehende Bevölkerungsgruppen miteinander in Kontakt zu bringen, werden Begegnungstätten geschaffen, an denen ein Kennenlernen möglich, aber nicht erzwungen ist. Der Grad der Nähe bzw. Distanz kann und soll selbst gewählt werden. Flächen, die in dieser Zone nicht gänzlich bzw. qualitativ hochwertig genutzt werden, sollen transformiert werden. Diese Übergangszone ist nicht nur zur Entschärfung der Stadtteile mit hoher multikultureller Dichte gedacht, sondern auch als Prävention gegenüber Ängsten der eher homogenen Bevölkerung in den angrenzenden Stadtbezirken (s. Abb. S. 17).



Hohe multikulturelle Dichte
 Übergangsbereiche mit Inklusionspotential

- | | | |
|-----------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|
| P Parkflächen | S Sportplätze | B Begrünte Kleinfächen |
| V Verkehrsberuhigte Straße | H Veranstaltungshallen | ○ Gewählte Beispiele |



Zur Findung der Inklusionsmaßnahmen wurden kulturübergreifende Interessen herausgefiltert (s. Abb. links oben). Wie ist der globale Vergleich? Gibt es gemeinsame Interessen, wie man seine Freizeit verbringen möchte? Die Untersuchungen zu Sport, Kultur und Unterhaltung haben ergeben, dass beispielsweise Fußball in allen Kulturen beliebt ist und sich deshalb hervorragend als gemeinschaftliche Aktivität eignet. Gleiches gilt für diverse Gesellschaftsspiele, Essen gehen oder Gartenpflege.

Angewendet auf die konkret ermittelten öffentlichen Flächen bzw. Orte für eine mögliche Inklusion wird beispielsweise ein vorhandener Fußballplatz durch einen Ort zum Verweilen und für Urban Gardening ergänzt, sodass sich auch unterschiedliche Alters- und Interessensgruppen gleichzeitig am selben Ort zusammenfinden können (s. Abb. rechts).

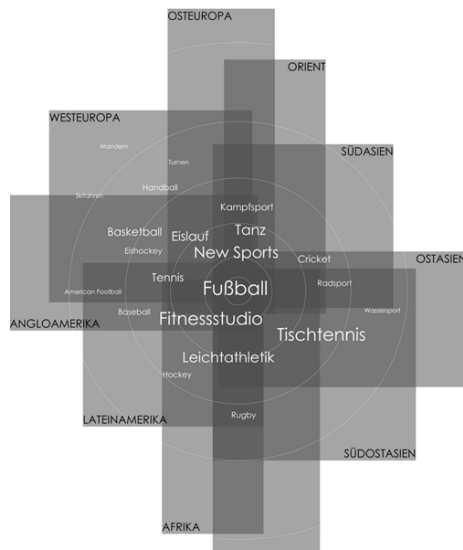
Dies ist nur einer von zahlreichen konkreten Vorschlägen, die in diesem Entwurf entwickelt wurden.

Abschließend kann man sagen, dass viele der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen sofort von verschiedensten Akteuren in Angriff genommen werden könnten.

Längst überfällig jedoch wäre in Graz die Implementierung einer Institution, die sich aktiv und dauerhaft um Zwischen- und Mehrfachnutzung kümmert, so wie das in Wien Jutta Kleedorfer und ihr Team bei der MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung seit Jahren erfolgreich praktizieren.

Erfreulicherweise gibt es seit kurzem immerhin das Projekt *Raumbasis- Zwischennutzungsmanagement 2016*⁵ in Kooperation mit der Stadt Graz (Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung und Citymanagement), das von Anna Resch geleitet wird und dem man nur wünschen kann, dass eine langfristige finanzielle Unterstützung seitens der Stadt gewährleistet wird.

Zwar wird die Zwischennutzung sowohl in Wien als auch in Graz bislang nicht mit der Unterbringung von Flüchtlingen kombiniert, aber das wäre meiner Ansicht nach - hinsichtlich einer gelingenden URBANEN INKLUSION - ein nächster logischer Schritt.



- 1 Teilnehmer: Johannes Hagendorfer - Architekt, Caritas Steiermark
Lisa Enzenhofer - Architektin, Lendlabor Graz
Daniel Schnier - Architekt, Zwischenzeitzentrale (ZZZ) Bremen
Marlies Fellinger - Raumplanerin, Stadtentwicklung Wien, MA 18
Angie Schmed - Kultur- und Sozialanthropologin
NEST - Agentur für Leerstandsmanagement, Wien
Anke Strittmatter - Architektin und Urbanistin, FH JOANNEUM.
- 2 Projekt Graz radi(k)al: Christoph Haslinger, Patrick Hollensteiner, Florian Maierl und Veronika Scheingraber.
- 3 Projekt LUST: Mathias Geiger, Stefan Schermeier.
- 4 LQI Modell Graz – Ergebnisse 2013.
- 5 www.raumbasis.at

Ankommen heißt Wohnen

Franz Denk

Vielleicht sind Architekturschaffende schlechte Föderalisten, aber mit Sicherheit führt föderalistische Migrationspolitik zu nachteiliger Raumentwicklung

Ankommen

In den Leitgedanken des BMEIA-Integrationsberichts 2015 kommt „Wohnen“ nur marginal vor. Das irritiert, denn im Zuge eines Asylverfahrens durchlaufen Ankommende drei Wohnphasen. In der ersten Phase sollen Erstaufnahmezentren eine menschenwürdige Unterbringung unter hygienischen Mindeststandards gewährleisten. Massenquartiere und Lager, die die globale Notunterkunftindustrie anbietet, sind nur für Ausnahmesituationen zur Verhinderung akuter Obdachlosigkeit tauglich, denn sie generieren Abschottungsarchitekturen und Exklusionsräume ohne Integrationspotenzial. Container sind gesamtwirtschaftlich so teuer, dass, so Peter Haslinger von der Leibniz Universität Hannover, Deutschland auf diese Form der Unterbringung künftig verzichten will. Als Erstunterkünfte haben sich große bauliche Strukturen wie Kasernen, Kraftwerke, Sporthallen, etc., häufig in exponierten Lagen, als wenig geeignet erwiesen. Die differenzierten Raumstrukturen zentraler (asbestfreier) leerer Büro- und Verwaltungsbauten funktionieren aufgrund einfacherer Adaptierungsmöglichkeiten wesentlich besser. Viele Initiativen von Architekturschaffenden (displaced, Kein.Ort.Nirgends, usf.), meist in Kooperation mit Hilfsorganisationen, konnten in solchen Räumen seit Sommer 2016 durch gemeinschaftliche Sozia-

lisations- und Aushandlungsprojekte erste und unmittelbare Integrationsprozesse in Gang setzen. Eine Rolle der FachplanerInnen ist es also, niederschwellige Projekte zu entwickeln und umzusetzen. Dabei haben sich Universitäten, Vereine und kleinteilige Strukturen als erfolgreich erwiesen.

Zwischenwohnen

Die zweite Stufe bilden die Verteilerquartiere der Länder und Gemeinden. Hier trifft permanentes Ankommen-und-Weggehen auf den Bedarf nach Rückzug und Geborgenheit. Für viele säumige Gemeinden sprang seit 2015 die österreichische Zivilgesellschaft ein, verursachte aber damit teilweise neue Probleme durch isolierende Unterbringung. Besser geeignet für diese temporäre Wohnphase sind zentrale Lagen und Leerstände, auch bzw. besonders in zigtausenden Erdgeschoßen. Laut Leerstandskonferenz 2015 sind rund 500 dispo-nible Gebäude in öffentlichem Besitz. Würde man Miet- und Baurecht (temporär) lockern, könnte man allein hier alle Ankommenden in den nächsten Jahren unterbringen. Da außer Container- und Fertigteilbauten noch keine nennenswerten Beispiele bekannt sind, die sich mit bestehenden Quartieren und Gebäuden baulich auseinandersetzen, muss man vorerst auf Entwürfe und Projekte – meist Hochschulinitiativen – zurückgreifen. Wie vielfältig bestehende Areale und Gebäude entwickelt werden könnten, zeigt beispielsweise die von Jörg Friedrich et al. herausgegebene Publikation Refugees Welcome auf: Hier tummeln sich Aufstockungen

von Großstrukturen der Nachkriegsmoderne (Universitäten, Parkhäuser, Einkaufszentren), verbaute Kleinstbaulücken, Wohnformen auf dem Wasser, Verdichtungen in Randlagen, Siedlungsentwicklungen in ehemaligen brown-fields, usf. Solche innovativen Lösungen sind ohne Anpassungen der Raumentwicklungsziele, Umwidmungen sowie Bauordnungs- und Mietrechtsänderungen nicht möglich.



Die Wohnungsfrage betrifft nicht nur Ankommende

Spätestens vier Monate nach Zustellung des positiven Asylbescheids werden Personen mit Schutzstatus in den freien Wohnungsmarkt „entlassen“. Das verschärft die ohnehin angespannte Marktlage, denn laut Hermann Schuster, Immo-Beauftragtem der Caritas Wien, wurde im letzten Jahrzehnt viel zu wenig gebaut. Wien und Niederösterreich weisen einen Fehlstand von 40.000 Wohnungen auf. Der Zugang zu geförderten

oder Gemeindewohnungen ist restriktiv (die Wartezeit in Wien beträgt mindestens zwei Jahre). Die moderne Migrationsforschung weist darauf hin, dass ankommende und fluktuierende Personen urbane Lagen beleben und lokale ökonomische Impulse bewirken. Stadtregionen sind daher besonders als arrival-space geeignet, ländliche Gebiete nur bei ausreichend vorhandenen Folgeeinrichtungen. Eine inkludente Wohnungspolitik für die steigende Zahl von MigrantInnen UND ortsansässigen Wohnungssuchenden ist eine der wichtigsten Herausforderungen an unsere Gesellschaft.

Ländermodelle

Einen vielversprechenden Lösungsansatz bietet das Projekt Transfer Wohnraum Vorarlberg. Auf Baurechtsbasis errichten Genossenschaften mit lokalen Firmen kleinere Einheiten (10-15 Wohnungen) und Anlagen, die mit Baukosten von 2.000 Euro/m² ortsüblichen Wohnstandards entsprechen. Selbstausbau und private Gartenbetreuung helfen, Kosten zu sparen.

Entscheidend ist, dass diese Häuser nicht nur für Ankommende, sondern auch für Ortsansässige gebaut werden und damit die gesellschaftliche Akzeptanz vergrößern. Auch das Bundesland Salzburg geht ähnliche Wege. Das Refugium, für ortskernnahe Lagen konzipiert, lässt durch Demontierbarkeit künftige räumliche Entwicklungen offen. Beide Initiativen vermeiden sowohl „ländliche Segregation“ als auch städtische Enklavenbildung. Sie fördern soziale und räumliche Integration und bieten ortsübliche

Wohnstandards mit ansprechenden Architekturen. Oberösterreich zielt mit dem heftig kritisierten „Standardausstattungskatalog“ für den geförderten Wohnbau auf Baukostenreduktionen ab. Tirol setzt auf niedrige Errichtungskosten, ebenso Niederösterreich mit einer Mietdeckelung auf 4,20 Euro/m². Beide Länder riskieren mit dieser monetären Schwerpunktlegung raumplanerische und soziale „Kollateralschäden“. Der Fehlstart der Wohn.Chance.NÖ mit barackenartigen Häusern mit teuren Stellplätzen (!) hat gezeigt, wie wenig überlegt viele dieser gut gemeinten Ansätze sind. Wien ergänzt sein kluges Smart-Wohnbauprogramm (kleinere Wohnungen, Kompensationsflächen, Mietobergrenzen), mit einem noch nicht näher vorgestellten Holzbau- Sonderprogramm, hoffentlich nicht unter Ausschluss von PlanerInnen. Denn die genannten – guten wie schlechten – Lösungsversuche zeigen, dass nachhaltige Migrationspolitik unter Einbeziehung von Architektur und Raumplanung erfolgreicher sind.

Lösungsansätze

Viele Lösungsversuche auf Länderebene lassen befürchten, dass mit neuen Billigwohnbauten statt nachhaltiger Siedlungsentwicklung die Dörfer und Regionen vorwiegend nach Verfügbarkeit, oft co-finanziert durch Fördergelder, zersiedelt werden. Bodenvergeudung, Exklusion, Ghettoisierung und hohe Nachfolgekosten für die Allgemeinheit sind mögliche Folgen. Ähnlich der Werkstatt „Flucht nach Vorne – Wo und wie sollen Flüchtlinge wohnen?“ des BDA Bayern und der Bundesstiftung Baukultur (München, März 2016) könnte eine österreichweite „Raum-Konferenz“ übergeordnete Gesamtstrategien für die bauliche Einbindung neuer Wohnhabitate entwickeln, unter Einbeziehung von Integrationsleitbildern (vgl. das vorbildliche Basel) und erfolgreichen landesspezifischen Experimenten/Erfahrungen. Anstelle der extremen „Hysterisierung“ (Kenan Güngör in *dérive* Nr.37, S.28) muss die Migrationsdebatte entschleunigt werden. Sie wird uns noch lange beschäftigen, daher ist überlegtes Handeln gefragt. Da die Errichtung von Wohnraum im Schnitt drei bis sieben Jahre dauert, sollen die Verfahren gekürzt werden, etwa durch schlankere Widmungsprozesse. Durch die Vergabe von Superädifikaten und Baurechten, wie das in den Niederlanden üblich ist, könnte man Grundstückskosten reduzieren und fehlende Bodenreserven kompensieren. Die (fällige) Rücknahme von Gesetzen und überzogenen technischen Standards wurde in Wien, so ein Vertreter der Baudirektion, schon gestartet. Es braucht dringend eine



Vereinheitlichung der Vorschriften statt kontraproduktiver OIB-Alleingänge (wie in NÖ). Bei gutem Willen ist vieles machbar: Oberösterreich und Salzburg haben kurzfristige Sonderbestimmungen im Baurecht (Verfahrens- und Bewilligungsfreiheit) beschlossen, Vorarlberg hat temporär Raumordnungsbestimmungen (kein Ortsbildschutz, keine notwendige Übereinstimmung mit der Widmung!) weitreichend eingeschränkt. Vor allem müssen Wohnbaufördergelder wieder widmungskonform verwendet und durch Fokussierung auf Lageeignung, Dispersität, Durchmischung und Privatinitiativen (Baugruppen) treffsicherer werden. Eine wichtige Frage ist die Verteilung des neuerrichteten Wohnraums. Laut Kilian Kleinschmid, Berater der österreichischen Bundesregierung, drängen 80% der Ankommenden in die Ballungsräume und überfordern diese, denn die meist kleinen Zentren der österreichischen Städte haben nur beschränkte Aufnahmekapazitäten. Und Randzonen von Ballungsräumen bieten üblicherweise keine guten räumlichen Voraussetzungen für erfolgversprechende Integration (Zwischenstadt, Einfamilienhaussiedlungen, Speckgürtel). Stadtsoziologische Forschungen bestätigen, dass die innerstädtische Verteilung von Gesellschaften durch kleinmaßstäbliche Fragmentierung erfolgreicher ist als durch „ethnische Inseln“. Zu große oder zu gering durchmischte ethnische Quartiere laufen Gefahr, „unter sich zu bleiben“, weil dort Integration entweder nicht gewollt wird oder nicht erreicht werden kann, wenn die lokale Bevölkerung diese Räume meidet. „Ankommende tragen zur kulturellen Pro-

duktivität der Stadt bei“ (Walter Siebel in Die Kultur der Stadt, S.341). Wo Arbeits-, Kinderversorgungs-, Schulungsplätze, öffentlicher Verkehr und Freizeitangebot fehlen, ist die Ansiedlung von Ankommenden in Randlagen und schrumpfenden Regionen ungeeignet. Daher sind Aufteilungsschlüssel („1% Ankommende in jeder Gemeinde“) wenig sinnvoll. Vielversprechende Ansätze für leistbares Wohnen liegen auch außerhalb der Raumplanung: z.B. im mühlviertlerischen Gutau, wo MigrantInnen von BewohnerInnen Minikredite zur Verfügung gestellt bekommen.

Chancen wahrnehmen

Die Schaffung gemischter Quartiere mit lokaler Verankerung in den Nachbarschaften, kulturelle und kommunikative Sorgfalt, Nutzung vorhandener Infrastruktur, baukulturelle Ansprüche und die Einbeziehung von ExpertInnen werden darüber entscheiden, ob und wie erfolgreich der Weg in unsere Zukunft gelingen wird. In diesem Sinne ist zu fordern, dass zur Erstellung des Integrationsberichtes 2016 auch PlanerInnen eingeladen werden!

Wien, 2016

Common Ground - Is common true?

Tanja Gurke

Aus Architektensicht ist der Begriff URBA-NE Common Ground: Gemeinsamer Raum, Wohnraum, Aufenthaltsraum, öffentlicher Raum.

Common aber auch im Sinne von alltäglich, geläufig, landläufig. Ein Raum also, der für uns alle ist, der uns zur Verfügung steht, den wir benutzen und betreten, bevölkern und bereichern, verschmutzen und verschönern, und den wir alle im Stande sind weiterzuentwickeln. Welche Bedürfnisse haben wir, um diesen Raum verwendbar, leistbar und nützlich zu machen, und wie möchten wir ihn nutzen? Was hat sich in den letzten Jahren verändert, was wird sich noch ändern? Und wie gehen wir damit um?

Schon seit einiger Zeit konnte beobachtet werden, dass sich die Bevölkerung mehr denn je in eine Richtung bewegt, die das Ich, das Individuum, in den Mittelpunkt stellt. Das ist generell kein wirklicher Grund zur Besorgnis, besonders wenn man in die Vergangenheit schaut und das geringe Stimmrecht des Einzelnen und seinen Einfluss auf Gesellschaft, Politik und Kultur betrachtet. Allerdings besteht die Gefahr, dass sich verschiedene Personen eine Art Alleinstellungsmerkmal verleihen, sich absetzen von der „Masse“ und sich selbst und ihre eigene Person mit ihren Wünschen und Bedürfnissen mehr oder weniger dominant in den Mittelgrund stellen. Dabei sehen sie deutlich ihren Vorteil und versuchen mit den unterschiedlichsten Mitteln diesen auch durchzusetzen. Die Folge davon ist klar: Gemeinsamkeit hat da wenig Platz, vielmehr entsteht ein Einzelkämpfertum, eine Form

der Selbstpräsentation, die Achtung und Respekt vor dem Umfeld, der Gesellschaft und der Werte innerhalb der Menschheit immer mehr beiseiteschiebt.

Als Konsequenz entsteht die Abschottung vom allgemeinen Umfeld, ein mehr und mehr isolierter, privater Bereich, wo nicht mehr der Kontakt gesucht wird, sondern eher die Vermeidung dessen passiert. Und daraus bilden sich unterschiedliche soziale, gesellschaftliche, räumliche und wirtschaftliche Bereiche heraus, die nicht miteinander, auch nicht wirklich gegeneinander, sondern parallel nebeneinander existieren. Infolgedessen entsteht zunehmend ein privater, gegenüber Unbefugten abgeschlossener Bereich, architektonisch umgesetzt in Einfamilienhäusern und in geschlossenen Wohnanlagen.

Das Ausmaß dieser Segregation ist somit ein Indiz für eine Polarisierung der Gesellschaft und kann das Problem von konfliktreichen Teilgesellschaften sein. Die urbanen Auswirkungen dieser Tendenz werden immer mehr spür- und sichtbar: Man baut, lebt, arbeitet für sich. Man schafft sich persönliche Reiche, anstatt nachbarschaftlich zu bauen, zu leben. Und man isoliert sich - Gemeinschaft ist nicht mehr gefragt.

Dabei ist es gerade die Wertschätzung, die wir Natur und Umwelt, den Menschen und der Welt im Allgemeinen entgegenbringen, die die Kraft hat, unsere Kultur zu fördern, weiterzutragen, überhaupt erst zu ermöglichen. Und es ist unsere Aufgabe, uns zu-

sammenzutun und gemeinsam an Visionen für die Zukunft - für eine gemeinsame Zukunft - zu arbeiten.

Jahrtausende alte Traditionen weltweit haben uns geformt und uns zu dem gemacht, was wir heute sind und was wir vermögen zu schaffen, und es liegt daher in unserer Hand, zusammen etwas daraus zu machen, fortzuführen und für die künftigen Generationen vorzusorgen. Das wertfreie Denken ist uns fast abhanden gekommen, Barrieren werden nur schrittweise abgebaut - sowohl in unseren Köpfen als auch sichtbar in unserem Umraum. Und gerade heute ist es essentiell, uns zu öffnen, aufeinander zuzugehen und die Zukunft in all ihren Facetten zu gestalten.

Graz, 2016

Häuser in Resonanz bringen

Roland Gnaiger

Die Zeit des Einzelkunstwerks ist vorbei, es geht um eine bewusste Beziehung zwischen den Elementen.

Wassily Kandinsky, 1930

Wenn uns das Wesen des öffentlichen Raumes als sozialer Ort verloren geht, gehen wir in öffentlicher Leere verloren. Architekten und Stadtplaner sollten ihre Zeit weniger damit verbringen gut aussehende Bauten zu gestalten, sondern ihre Aufmerksamkeit und Energie vielmehr auf das richten, was zwischen Gebäuden entstehen kann: sinngebender sozialer Raum.

Herman Hertzberger, 2008

Das Gesetz ist so einfach wie wirkmächtig: Dinge, denen wir unsere Aufmerksamkeit schenken, wachsen.

Wer oder was Aufmerksamkeit bekommt, erhält darüber hinaus auch noch Zeit, Geld und Einfluss. Daher ist unsere Aufmerksamkeit ein derartig massiv umwordenes, hoch gehandeltes und hart erkämpftes Gut. Und weil Aufmerksamkeit zudem nicht vermehrbar ist, kann sie nur umverteilt werden. So kommt es, dass beispielsweise die realen Räume unserer Straßen und Plätze an Aufmerksamkeit (und Hinwendung) verlieren, wenn mediale und virtuelle Räume diese Beachtung und Zuwendung gewinnen.

Weltweit bauen wir immens viele Häuser, aber kaum neue Räume. Generell gehen uns öffentliche, erst recht lebenswerte Außenräume zunehmend verloren. Neue Räume für die Gemeinschaft nehmen nicht im selben Maß wie die Neubauten zu. Immer wenn ich den »öffentlichen Raum« bewerbe,

wenn ich Interesse und Verständnis zu wecken versuche für die Wichtigkeit der Straßen und Plätze unserer Städte und Dörfer und für den Wert unserer Ansiedlungen generell, beginne ich mit derselben Frage: Worin liegt der Unterschied zwischen Siedlung und Zersiedlung?

Bitte halten Sie hier (besser lange) inne und suchen Sie selbst nach einer Antwort. Die Antwort gewinnt an Kraft, wenn sie nicht nur als Idee, sondern aus Ihren Erfahrungen kommt. Wir alle haben schon Siedlungen erlebt und Zersiedlungen auch. Man muss kein Fachmann und keine Fachfrau sein, um zu einer Antwort zu finden.

Hier mein Vorschlag: In einer Siedlung besteht zwischen den einzelnen Häusern (den Elementen) ein Verhältnis, in der Zersiedlung nicht.

Auch wenn die Beziehungen innerhalb einer Siedlung – wie bei den offenen Bebauungen der alemannischen Streusiedlungen – nicht immer offensichtlich sind, sind ihre Bauten doch durch ein Gemeinsames verbunden. Das können die Bauform, die Lage im Gelände, ein durchgängiges Fassadenmaterial, die Orientierung auf ein Zentrum oder eine einheitliche Ausrichtung zum Talboden, nach Süden (Osten, Westen, Norden) sein. Häuser können sich in gleicher Weise in Mulden ducken, entlang von Schichtenlinien oder Wegen reihen oder sich gegenseitig den Vortritt lassen. Das Repertoire an Mustern ist stattlich und unübersehbar.

Darüber hinaus gibt es die noch interessantere Möglichkeit, dass sich Häuser aufeinander beziehen und daraus Verwandtschaft

generieren. Das augenfälligste Beispiel ist die geschlossene Häuserzeile (etwa entlang einer Straße). Doch es geht auch subtiler: Wenn sich Bauwerke in bestimmter Weise einander zuwenden, kann zwischen ihnen ein »Gespräch« entstehen.

Aus solch einem »Gespräch« – dem »größten Geheimnis der Architektur« – entsteht ein Raum, entstehen Räume. Raum selbst ist eine Leere, eigentlich ein Nichts, und doch ist dieses Nichts die Essenz der Stadt, des Dorfes, der Siedlung. Raum ist und bleibt ein andauerndes, faszinierendes Mysterium, die Frucht einer diffizilen Bezugnahme.

Wenn in ein derartiges Gespräch mehrere Bauten einstimmen, dann entsteht ein Ensemble oder ein Ort (Schwarzenberg Ware dafür ein Vorbild). Wie Wörter reihen sich in solch einem Fall Hauser zu einem ganzen Satz, und in weiterer Folge werden aus Sätzen Absätze und diese Absätze bilden zusammen eine Geschichte. In unserem Zusammenhang ist diese Geschichte ein Dorf oder eine Stadt. Eine Stadt ist ein Gefüge, das einer ähnlichen Grammatik gehorcht wie eine Erzählung oder ein Roman, verwandte Strukturen aufweist gleich einem lebendigen Organismus, und wie ein solcher über einen logischen inneren Zusammenhang verfügt. Ensembles, gelungene Städte und Dörfer bezeugen, dass ein Ganzes wirklich mehr sein kann als die Summe seiner Teile. Siedlung ist mehr als die Summe ihrer Teile.

Ganz anders verhält es sich mit der Zersiedlung. Sie besteht aus Häusern, die keiner kollektiven Ordnung, keinem gemeinsamen Nenner und keiner übereinstimmenden Idee folgen. Die Zersiedlung häuft Bauten an,

die sich jeder Bezugnahme verweigern, die allein bleiben, mitunter autistisch in sich gekehrt. Was in der Siedlung das Gespräch ist, wird in zersiedelten Mustern zum Monolog oder zum Geplapper.

Mit solcherart beziehungsunfähigen Häusern entsteht nichts als eine Ansammlung. Sie bilden keine Summe und entfalten keine Resonanz. Und es fehlt ihnen eines ganz wesentlich und schmerzhaft: der Mehrwert des Raums. An die Stelle von Räumen treten in der Zersiedlung Zwischenräume, bar jeglicher Qualitäten, oftmals Ergebnis allein von gesetzlichen Abstandsverordnungen und falscher Parzellierung.

Sehen Sie sich entlang unserer Ortsausfahrten um, oder in den neuen Vorstädten. Lassen Sie sich auch von diesen Orten berühren. Dann werden Sie verstehen, was ich meine.

Gegen die Beziehungsarmut und -unfähigkeit solcher (Un-)Orte kommt das soziale und gesellschaftliche Leben schwer an. Es kann sich dort nicht- oder nur unerträglich mühsam entfalten. Die Folge ist kein rein künstlerisches Problem, keines, das nur ArchitektInnenaugen verletzt. Die Auswirkungen treffen in den Kern unserer Gemeinschaft. Sie hohlen die Gesellschaft und ihr Zusammenleben und Zusammenwirken aus. Weil Außen- oder Stadtraume (nur) durch das In-eine-bestimmte-Ordnung/Beziehung-Setzen von Häusern entstehen und allein das Ergebnis eines Arrangement sind, kosten sie (von der Bodengestaltung und Beleuchtung einmal abgesehen) auch nichts – aber das gilt schließlich für alle wirklich wichtigen Dinge im Leben. Trotz dieser Kos-

tenfreiheit kann die Wirkung gelungener Räume gewaltig sein. Ihre Qualität hängt von der Könnerschaft ihrer Arrangeure ab. Mitunter kann ein solches Arrangieren so wirkungsvoll wie einfach sein. Versammelt man Häuser um ein großes Rechteck, dann kann daraus beispielsweise die Feldkircher Marktstraße entstehen oder der Linzer Hauptplatz (der größte Österreichs) oder der weiteste und vielleicht eindrucksvollste Stadtplatz der Welt, der Meidān-e Emām von Isfahan. Allen solchen Orten ist eines gemeinsam: Sie sind Brennpunkte gesellschaftlichen Lebens und Bühnen für große (historische) Ereignisse und für nicht minder bedeutendes privates Erleben.

Dabei müssen es keine prominenten Plätze sein, die zu Handlungsorten unserer Leben werden. Für jedes Dorf sind seine öffentliche Räume, Plätze, Straßen und Lücken von fundamentaler Bedeutung.

Man sollte aber über der Erwartung auf einen bedeutsamen »heroischen Raum« den Einfluss nicht vergessen, den jede architektonische Handlung und jeder Baukörper auf die Raumgestalt hat. In der menschlichen Kommunikation kann eine leichte körperliche Wegdrehung eine konsequenzreiche Beziehungsänderung bedeuten. Diese Art der »Körpersprache« ist auch Bauten eigen. Neuere Siedlungshäuser sind von Beginn an zumeist »weggedreht«. Auch Häuser können die »kalte Schulter« zeigen.

Häuser können »einladen« oder »abweisen«, sie können »rufen« oder sich »verstecken«, sie können sich ein-, unter- oder überordnen. Richtig oder falsch hängt allein vom Kontext ab.

Aber immer durchdringen die »Botschaft« und die Resonanz der Häuser den Raum, setzen diesen in Schwingung oder unter Spannung. Eine derartige Spannung in Gang zu setzen und im Wissen um die Wirkung zu gestalten, darin liegt die Kunst der Architektur.

Viele bezaubernde historische Orte (Assisi ist dafür ein vollkommenes Beispiel, doch konnte man zahllose Ortschaften nennen) bestehen allein aus der Summe gewöhnlicher, geradezu banaler Häuser. Der (besondere) Raum und die Stadt haben dort Vorrang vor dem einzelnen Bauobjekt. Würden wir unseren Fokus vermehrt auf das Dazwischen, den Raum, die Stadt, das Dorf richten, dann könnten wir damit die Bauwerke von ihrem heutigen, vielfach überfordernenden Anspruch entlasten.

Diese Bäume sind herrlich, so Rainer Maria Rilke 1919 in einem Brief, aber herrlicher noch ist der erhabene, gesteigerte Raum zwischen ihnen.

Linz, 2015

Veröffentlicht in
»VORUM, Zeitschrift
für Raumplanung und
Regionalentwicklung«
in Vorarlberg, no
2|2015, 18. Jahrgang
sowie in DIE PRESSE,
Spectrum, Samstag 7.
Mai 2016,
unter dem Titel: »Das
Nichts ist die Essenz«

Die Wohnung – Zahlungs- oder Lebensmittel?

Eine kritische Frage

Eugen Gross

Junge Familien suchen eine Wohnung. Singles, überzeugt oder unvorbereitet nach einer Scheidung oder dem Todesfall eines Partners, sind auf rasches Auffinden einer kostengünstigen Wohnung angewiesen. Zugleich stehen viele Wohnungen leer. Auf der anderen Seite hat eine Familie eine Erbschaft gemacht und möchte das Geld mit Gewinn anlegen. Wohnbauinvestoren wollen das Kapital von Anteilspartnern vermehren und Wohnungen bauen, wobei die Lage sekundär ist. Es zählt nur die Ausnutzung einer städtebaulich vorgegebenen Dichte, um möglichst viel Geschoßfläche zu veräußern. Baulücken in der Stadt oder Restgrundstücke an Verkehrsstraßen mit öffentlicher Verkehrsanbindung bieten sich als bevorzugte Standorte an, da eine gute Infrastruktur geeignetes Werbepotenzial enthält.

Da die traditionellen Anlageformen aufgrund der geringen Verzinsung an Attraktivität verloren haben, boomt der Markt mit materialisiertem Geld, den „Anlegerwohnungen“. Die Neutralität und Austauschbarkeit von Geldmitteln macht dabei die Wohnungen zum „Zahlungsmittel“, was sich in der starken Fluktuation der Bewohner ausdrückt. Sie bieten Mindeststandards, was die Lebensqualität betrifft.

Im Gegensatz dazu lassen die komplexen Ansprüche der Erfüllung architektonischer, technischer wie ökologischer Ansprüche die angestrebte Aneignung durch die Bewohner in Form einer identitätsstiftenden Erlebnisqualität die Wohnungen als „Lebensmittel“ erscheinen. Im Grenzfall als temporäres „Überlebens-Mittel“, im Normalfall als „Le-

bens-Umwelt“, die über individuelle Zielsetzungen hinaus auch gemeinschaftliche verwirklicht. Dabei ist die Verantwortung des Architekten gefordert.

In der Wohnung ein Lebensmittel zu sehen, kann in dreifacher Weise verstanden werden:

Zunächst als Schutz gebende Hülle bei wechselnden Wetterbedingungen, dem Klima angepasst. In hebräischer Tradition wird Adam, dem ersten Menschen, das B-beth geschenkt, was als Haus zur Lebenserhaltung verstanden wird. Zwei Typologien von Wohnungen/Häusern entsprechen den „Baum-Menschen“ und den „Höhlen-Menschen“, das Bauen „in die Luft“ und das „Aus-höhlen der Erde“. Seit der frühen Moderne der 20er-Jahre gewinnt beim Wohnbau der Bezug zur Natur immer mehr an Bedeutung, einerseits als Kompensation verlorenen Terrains und andererseits als Gesunderhaltung durch Luft und Sonne. Im heutigen Wohnbau wird ein Teil der Bevölkerung von den Errungenschaften ausgeschlossen, wenn sie sich Schutz bietende Wohnungen nicht leisten kann.

In zweiter Linie tritt in der Wohnung als Lebensmittel der individuelle, subjektive Charakter hervor, indem die „Beheimatung“ als Voraussetzung des Wohlbefindens angesehen wird. Martin Heidegger sieht in der Beherbergung eine Analogie zur Sprache, die in ihrer Vertrautheit von Mensch zu Mensch, von Generation zu Generation weitergegeben wird. Ihr entgegengesetzt steht die Entfremdung, wenn keine Beziehung zum

Lebensraum zustande kommt. Auch der Wohnbau des 20. Jahrhunderts hat durch verödete Siedlungen diese Entfremdung bis heute nicht hinterhalten können.



Ein neu erwachtes Umweltbewusstsein kann heute wesentlich dazu beitragen, die Lebensqualität von Wohnungen zu erhöhen. Dazu muss das Erleben von Architektur als die Erkenntnis von Lebenszyklen der Bewohner wie des Bauwerks im Einklang mit der Natur dem Zeitfaktor Rechnung tragen, indem die Wohnung als „lebendiges System“ einer Selbstregelung gesehen wird. Diese dynamischen Strategien, als „TIME PATTERN“ verstanden – kürzlich in einem Vortrag an der TU Graz „lifecycle management“ genannt –, haben Veränderungen anzupfeilen, um in einem gesellschaftlichen

Prozess auf klare Ziele gerichtet zu sein, können diese jedoch nur Schritt für Schritt erreichen. Dazu ist die Mitwirkung der Bewohner, deren Partizipation am evolutionären Prozess, notwendig.

Wenn wir uns bewusst machen, dass die Wohnung als Lebensmittel auch im konkreten, wörtlichen Sinn verstanden werden kann, dann wird deren Bereitstellung zur Lebensfrage. Tatsächlich sollten wir nicht mehr als ein Drittel unseres Einkommen dafür aufbringen), wobei jede persönliche wirtschaftliche Verschlechterung sich im Sinne von „Wohnen macht arm“ auch auf die Erfüllung dieses Lebensbedürfnisses negativ auswirkt.

In einem umfassenden ethischen Sinn gewinnt die Wohnung eine gesellschaftliche Dimension, indem sie einem Grundrecht gleichzusetzen ist. Auf dieser Basis beruhen auch die sozialen Voraussetzungen, die Staaten ihren Bürgern, in Krisenfällen auch anderen Bedürftigen, zukommen lassen müssten.

Diese Verantwortung setzt Solidarität voraus, die humanistisch gesinnte Gesellschaften auszeichnet.

Als beispielhaft kann man durchaus Bewegungen in der ökologischen Landwirtschaft ansehen, die möglichst vielen Menschen hochwertige Lebensmittel zur Verfügung stellen wollen. Ein österreichweit bekanntes Projekt „SOLAWI – Solidarische Landwirtschaft“ hat darin das Stadium des Experiments überwunden und findet bereits in mehreren Bundesländern Nachfolgekoo-

operationen zwischen Produzenten und Kunden. Grundlage dafür ist eine selbst auferlegte Ethik der Versorgung und Unterstützung von Betrieben, die sich diesem Modell anschließen.

Architekten sollten in Zusammenarbeit mit allen kooperativen Institutionen einen CO-DEX solidarischer Wohnversorgung – „SO-LAWO Code“ genannt – erstellen, der über die technischen Normen hinaus, die keine Hilfestellung bieten, ethische und damit architekturenspezifische Werte einer Qualitätssicherung vertritt, die der Auffassung der Wohnung als reines „Zahlungsmittel“ entgegensteht. Davon wäre eine österreichweite Verbesserung der Wohnsituation zu erwarten, wie es bereits in den Sechzigerjahren eine Initiative der Österreichischen Gesellschaft für Architektur in ihrer Ausstellung „Neue städtische Wohnformen“ initiierte.

Graz, 2016

Bild :
Demonstrativbauvorhaben
Terrassenhaussiedlung Graz-St.
Peter, 550 Wohneinheiten, Planung
1965, Errichtet 1972-1978, Planung
WERKGRUPPE GRAZ. Nach 40
jähriger Nutzungsdauer wird das
Projekt einem geplanten Erneue-
rungsprozess unterworfen, der als
TIME PATTERN mit einer Zeitstruk-
tur von 40 Jahre auf eine Wahrung
der Nachhaltigkeit in ökologischer,
energetischer und sozialer gerichtet
ist. Ein interdisziplinärer Forschungs-
auftrag dient der Untersuchung der
Erneuerungsaufgaben.
© Eugen Gross

Hansjörg Tschom - Ein Interview

Interviewpartner Armin Stocker

AS Im Prinzip geht es um den Druck der am Wohnbau bzw. auf der Finanzierung des Wohnbaus, auf dem „leistbaren Wohnen“ usw. lastet. Es geht um Wohnbaupolitik, es geht um Durchmischung in der Stadt...

HJT Moment, Moment. Es geht um Finanzierung des Wohnbaus.

AS Es geht darum: wie kann Wohnbau bzw. Wohnen wieder leistbar werden. Und das mit einer verantwortungsvollen Durchmischung in der Stadt. Soziale Durchmischung, Durchmischung des öffentlichen Lebens... wie kann Stadtentwicklung mit der Entwicklung von leistbarem Wohnen - für jeden leistbares Wohnen - wieder funktionieren. Was muss passieren? Wie ist der Status quo?

Wir sehen das im Moment so, dass ein sehr hoher Druck auf dem Wohnbausektor lastet, durch die Wirtschaftskrise, durch andere Dinge wie Menschenbewegungen - nennen wir es einmal „Flüchtlingsstrom“ - durch Umschichtungen in der Gesellschaft. Aber vor allem dadurch, dass sehr viele Investoren sehr viel ins Wohnen investieren bzw. durch Geldanleger immer weniger am Markt ist und immer höherpreisig verkauft wird. Das heißt, dass für die breite Masse das Wohnen zur Zeit sehr, sehr teuer ist und es immer mehr zu Segregation kommt, dass es immer mehr zu Ghetto-Bildung kommt, dass sich einzelne Gruppen schon zwangsweise durch die Preise des Wohnens abschotten und es dadurch natürlich immer mehr zu Ghetto-Bildung kommt usw. Da hätten wir ein paar Fragen dazu - wie du das siehst. ob du überhaupt findest, dass das jetzt so ist, und wenn ja, wie kommt man aus dem ganzen raus? Wer ist eigentlich gefordert da

etwas zu unternehmen? Wer sind die player, die überhaupt etwas unternehmen können? Will überhaupt jemand etwas unternehmen? Die erste Frage ist: Wie beurteilst du die Entwicklung des Wohnbaumarktes in Graz?



HJT ...wie sehe ich das zur Zeit? Für mich als Professor für Wohnbau habe ich natürlich gewisse Ansprüche, die das Wohnen betreffen und die werden zu Zeit absolut nicht genügend berücksichtigt. Der jetzige Wohnungsmarkt - ich mache ja auch sehr viel in der Praxis - ist ausgerichtet auf möglichst hohe Dichten, möglichst hohen Gewinn, möglichst geringe Investitionen. Das heißt, Entwicklungen was das Wohnen betrifft gibt es eigentlich nicht. Es gibt keine Wohnbauforschung und es gibt auch keine Bauträger, die sich auf Experimente oder auf Wohnen in einer etwas anderen Form einlassen. Sei es jetzt vom Preis her oder sei es von der Art des Wohnens. Das heißt, es gibt eigentlich zu Zeit einen sehr konservativen Wohnbau, was die Grundrisse anbelangt,

was die Erschließungen anbelangt. Es wird alles reduziert auf möglichst kleine Wohnungen. Das ist der nächste Faktor über den wir reden müssen: möglichst kleine Wohnungen und größtmögliche Ausnützung. Die Haltung im Moment ist die, dass die Wohnbauträger sagen: „Wozu sollte ich irgendwie über ein besonderes Wohnen nachdenken, solange der Wohnungsmarkt so ist, dass ich jede Wohnung wegbringe. Da passieren die schlimmsten Dinge. Da gibt es Beispiele, dass Wohnungen reine „Not-Wohnungen“ sind, dann noch auf stark befahrene Straßen hinaus blicken - wobei die Bauträger dann sagen „Ich bekomme auch diese Wohnungen weg.“ Ich habe vor ungefähr einem halben Jahr einen Wohnbauträger hier gehabt, der mich zu einem geladenen Wettbewerb einladen wollten. Ich habe gesagt „Jetzt reden wir einmal übers wohnen.“ Reden wir darüber, was eigentlich Wohnen sein sollte. Worauffin die beiden gesagt haben „Das interessiert uns eigentlich nicht so sehr. Sondern wir bringen in Graz alle Wohnungen an, auch Not-Wohnungen. Das ist nicht das Problem.“ Worauffin ich gesagt habe „Bitte, wollen Sie in einer Not-Wohnung leben?“ Die Antwort war „Nein, wir nicht, aber wir können sie vermieten oder verkaufen.“ Daraufhin habe ich sie darauf hingewiesen, dass das nicht moralisch ist. Ich mache keine Notwohnungen. Das tue ich einfach nicht. Dann haben wir eine Zeit lang diskutiert und nach etwa 14 Tagen habe ich eine Zuschrift bekommen, die besagte, dass sie von einer Einfeldung [zum Wettbewerb] absehen müssen, weil ich nicht die richtige Einstellung dafür gezeigt habe.

Die Privaten wollen möglichst kostengünstig bauen und möglichst teuer verkaufen. Das ist natürlich eine Entwicklung, die für mehr oder weniger den Großteil der Menschen irrsinnig belastend ist. Sie wollen auch, wenn sie die Wohnungen vermieten, hohe Mieten haben. Das geht dann bei Preisen in guten Lagen bis zu „Viereinhalb“ hinauf - in der Innenstadt zum Beispiel - und das kann sich natürlich nur eine geringe Schicht leisten. Dadurch entsteht jetzt Segregation. Logischerweise. Das heißt, dass bei gewissen Preisen von Wohnungen auch nur eine gewisse Schicht darin wohnt. Das nächste ist der Städtebauliche Aspekt. Zum Beispiel, dass die Wohnanlagen - egal wo sie genau sind - nicht nur im Westen von Graz für Leute mit geringem Einkommen oder MigrantInnen gebaut werden sollten, sondern sie sollten über das ganze Stadtgebiet verteilt sein. Eben um diese Segregation nicht zu fördern. Aber: wie reagiert der Markt? Wenn man heute schaut: vor eineinhalb oder zwei Jahren konnte man noch in Lend oder Gries relativ günstig Wohnungen kaufen. Die sind jetzt aber auch schon bei „dreieinhalb“ oben. Die [Bauträger] haben sofort nachgezogen, sobald sie gesehen haben, was die Leute dort eher hinziehen. Das heißt auch dort haben wir dann nicht mehr die Möglichkeit, dass wir kostengünstige Wohnungen erwerben. Oder die Miete: Diese - heißt es - ist in Graz bei etwa 7€ pro Quadratmeter. Das ist irgendein statistischer Wert. Die Wohnungen werden im innerstädtischen Bereich - und nicht einmal mehr dort, vielleicht eher im städtischen Randbereich - um 10-12€ vermietet. Jetzt sagt der Bauträger: „Eine klei-

ne Wohnung bringt mir mehr als eine große. Ich kann bei der kleinen 12€ verlangen, bei der großen vielleicht 8€ oder 9€.“ Das ist der eine Grund. Der zweite ist, dass sie sagen: „Wir haben 50% Singles. Warum haben wir 50% Singles? Weil die Leute sich teilweise größere Wohnungen nicht leisten können. Was tun wir gesellschaftlich damit? Wir entwickeln eine Wohnbau-Struktur, die dahin geht, dass immer mehr Single-Haushalte entstehen, weil die größeren Wohnungen nichtmehr erschwinglich sind.“

Wenn man zum Beispiel schaut - bei Bauvorhaben wollen die Bauträger manchmal bis zu 60% Kleinwohnungen. Zweizimmer-Wohnungen bis zu Einraumwohnungen. Wir haben natürlich einen hohen Zuzug. Aber es kann nicht sein, dass ich sage „Ich lös das ganze nur durch Kleinwohnungen.“ Wobei die Kleinwohnungen dann meisten Anlegerwohnungen sind. Sondern ich müsse auf einen Wohnbau hinaus, der eine ganz demokratischer Durchmischung erlaubt, ein „Wohnen für alle“. Sonst habe ich zum Beispiel - was die Stadt [Graz] dann ja macht - möglichst kostengünstige Wohnungen, dann ist da wieder nur eine Schicht drinnen. Oder beim teuren Segment ist wieder nur die andere Schicht drinnen. Damit habe ich nie die Möglichkeit, dass ich eine gesunde Durchmischung der gesellschaftlichen Schichtungen hinbekomme. Das ist etwas, was mich im Wohnen zurzeit irrsinnig stört. Das ist eine Entwicklung, die meiner Ansicht nach in eine falsche Richtung geht, oder einfach nicht in eine positive Richtung.

AS Das heißt, die Durchmischung ist für dich genauso das Ziel, wie es in der Frage

formuliert war. Die darauf folgende Frage ist natürlich: Wie können wir das erreichen? Wie kann man einen Wohnbau erreichen, der soziale Durchmischung verlangt und einen Städtebau erreichen, der soziale Durchmischung fördert? Hat das auch etwas mit Bewusstseinsbildung zu tun, mit „positivem Marketing“ der Architektur und des Bauens? Denn der Markt ist ja nicht gottgegeben.

Seit der Finanzkrise tut ja jeder so, als wäre das ein System, das nicht beeinflussbar ist. Wir retten Banken, wir werfen Institutionen Geld nach. Aber der Markt wäre ja veränderbar, wenn der Wille da wäre bzw. wenn das Wissen über die Strukturen und die Funktionalitäten des Marktes vorhanden wären. Heißt das, dass man mittels Bewusstseinsbildung der Bevölkerung der „mit Wohnraum Auszustattenden“ - was ja eigentlich jeder ist - könnte man da etwas erreichen? Wenn die Menschen - ganz idealistisch gesagt - sagen „diese Wohnung beziehe ich nicht, weil geht nach Norden, weil die ist zu teuer...“ könnte das à la longue eine Änderung hervorrufen? Könnte das die Bauträger und die Investoren in eine Richtung bringen, die sozial und für die Stadt verträglich ist? Oder ist das zu idealistisch gedacht?

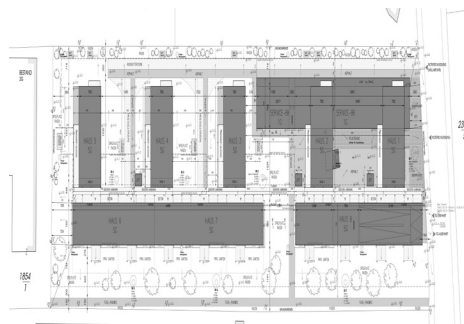
HJT Nein. Das ist nicht zu idealistisch gedacht, weil: das ist ja auch gesellschaftliche Aufklärungsarbeit. Zum Beispiel ist es immer wieder der Fall, dass Leute nicht in Wohnanlagen leben möchten, wo „Ausländer“ wohnen. Das heißt es ist eine gesellschaftsstrukturelle Frage, dass man sagt „Ich muss nicht unbedingt in meiner ursprünglichen sozialen Schicht sein“ sondern das andere ist auch wertvoll. Das allerdings ist Aufklä-

rungsarbeit. Wenn wir jetzt von Graz reden: Graz ist eine Integrationsstadt, Graz hat 160 Nationen. Das ist etwas unglaublich wertvollen, an dem ich lernen kann. Und das ist im Bewusstsein der Menschen überhaupt noch nicht vorhanden. Ich fahre wahnsinnig viel Taxi. Die meisten [Taxifahrer] sind Ausländer. Das ist jedes Mal für mich ein toller Lernprozess, wenn ich mit diesen Leuten über ihre Heimat, über ihre Einstellung zu Graz oder zu Österreich rede. Das heißt ich kann da jetzt in vielen Bereichen etwas dazulernen. Die verschiedenen Nationen bringen mit wieder einen kulturellen Input. Diese Erkenntnis ist in Graz nicht sehr stark vertreten. Das ist das eine. Das zweite ist, die Frage die du stellst, die haben wir uns schon damals 1998 gestellt, beim 1. Grazer Wohnbaukongress. Daraufhin habe ich über die Landesregierung einen Forschungsauftrag initiiert, der heißt erstens: Wie kann ich eine gute Durchmischung erreichen? Zweitens: Wie kann ich städtebaulich ein Flair schaffen, das die ohnanlage nicht nur für die Bewohner attraktiv ist, sondern auch für die Umgebung?

Drittens: Wie kann ich der Flexibilität Rechnung tragen? Leute Ziehen weg, wollen die Wohnung verkleinern, Leute wollen, wenn die Kinder weg sind, nicht das soziale Umfeld verlassen. Wie kann ich das machen? Viertens: Wie kann ich Kommunikation unter den Menschen fördern?

Sie sollten sich kennenlernen, auch wenn das vielleicht mit Konflikten verbunden ist. Aufgrund dieser Forschungsarbeit ist die Sandgasse entstanden. Die Sandgasse hat bei einem weltweiten Kongress in München,

wo es um Flexibilität im Wohnbau ging, den ersten Preis bekommen. Da waren Leute aus den USA, aus Japan, China, aus der ganzen Welt. Warum haben wir diesen Preis bekommen? Ich habe da etwas aufgegriffen, was schon seit den 1960er Jahren bekannt war. Solche Entwicklungen passieren in Wellen. Immer wenn der Wohnbau gesättigt ist, dann kommt es zu Experimenten. Das heißt auf deine Frage hin, wann kann so etwas passieren? Das passiert nur dann, wenn die Wohnungsnachfrage nachlässt. Dann kommt die Qualität wieder ins Spiel. Da sind wir aber noch nicht, diesen Punkt haben wir noch nicht erreicht. Wir haben so viel Zuwanderung, dass der Wohnbedarf noch nicht gesättigt ist. Wenn das passiert, werden die Leute wirklich eine Wahl haben. Dann gehen sie schon auf Qualität, dann kann man keine Notwohnung mehr wegbringen.



Die Sandgasse ist aufgebaut auf Straßen in jedem Niveau, „Begegnungsstraßen“ in jedem Geschöß, mit Vorplätzen wo die Leute sitzen und kommunizieren können. Sie ist

aufgebaut auf Modulen - das haben wir in den 60er Jahren schon gemacht. Es kann also jemand vier Module nehmen oder zwei oder fünf...später kann man sie dann für die Kinder abtrennen und jedes Modul hat von der Straße aus die Möglichkeit eines eigenen Zugangs.

Damit kann ich eine Stammwohnung mit zwei Modulen haben und dann nehme ich eines für einen Elternteil, und einen für das Arbeiten. So habe ich eine komplette Durchmischung und es gibt auch keine strukturelle Differenzierung von billigeren unteren und teureren oberen Wohnungen. Die ganze Struktur ist demokratisch aufgebaut, für alle. Die Erdgeschosse sind frei, die Bauten sind aufgeständert, sodass dort möglichst viele Flächen bleiben und der vordere Teil zur Straße ist städtischer Raum. Da gibt es auch Begegnungszonen, Werkstätten, Infrastruktur. Bei Reininghaus machen sie es richtig, da wird vorgeschrieben, dass alle Wohnbereiche und alle Quartiere auch Infrastruktur haben müssen. Wie das mit der „Förderung“ geht, das weiß ich noch nicht, weil die Förderung schließt das ja aus - was früher nicht so war. Früher waren 20% der Nettonutzflächen für Infrastruktur vorgesehen. Damit erhöht sich natürlich sofort der Charakter des Städtischen. Da tut sich etwas, da sind nicht nur Wohnungen sondern auch Begegnungsräume für Leute von außen.

AS Thema Quartiersbildung.

HJT Genau, eine Quartiersbildung.

In der Sandgasse ist dann in der Praxis passiert, dass Leute zwei bis drei Eingänge pro Wohnung hatten, dass Leute Module abtrennen. In meinem Projekt habe ich es dann so

gemacht, dass die Module alle gleich sind, durch alle 60 Wohnungen. Das heißt, wenn jemand im zweiten Stock wohnt und im sechsten Stock ein Modul frei, kann er sich dieses mieten oder ankaufen. Zum Beispiel zum Arbeiten oder für einen Elternteil. Das haben wir zum Preis der Wohnbauförderung gemacht. Wobei jedes Modul seinen Schacht hat. Ich kann also jederzeit ein Bad oder ein WC einbauen, ich kann im Zuge des Abtrennungsprozesses jedes Modul voll ausstatten. Manche [Bewohner] haben fünf Module genommen und ein Loft gebildet.

Also das wäre ein Wohnbau, wie ich ihn mir vorstelle! Für die Zukunft dann...wo Flexibilität da ist, keine Schichtenbildung im Sinne von reich und weniger reich, wo wir preislich sehr günstig sind.

Denn im Grunde sind es ja sehr einfache Baukörper. Es ist aber auch die Kommunikation da. Wir haben das ausprobiert und es ist ein sehr lebendiger Prozess, der dort stattfindet. Die Wohnanlage ist jetzt auch schon ungefähr zehn Jahre alt.



gibt dort auch etliche Ausländer, Menschen mit Migrationshintergrund...weil sie es sich leisten konnten. Was ist passiert? Nur ein Beispiel: Eine türkische Familie mit vier Kindern wohnt im vierten Stock. Die Kinder fahren mit dem Dreirad auf der Straße, machen einen gewissen Lärm. In der Nächsten Wohnstraße weiter oben wohnt ein älteres Ehepaar, das sich beschwert und die Kinder und die Familie beschimpft. Ich war dabei und habe das ältere Ehepaar mit nach unten zu der türkischen Familie genommen. Wir haben uns unterhalten und festgestellt, dass die Kinder einen gewissen Auslauf brauchen. Die Mutter hat gleich Kaffee und Kuchen aufgetischt auf dem Vorplatz. Am Ende war es so, dass sich die Parteien angefreundet haben und sich eben der Kontakt dadurch ergeben hat. Viele Bauträger sagen, die Leute wollen mit dem Lift nach oben fahren und mit niemandem zusammenkommen. Ich halte das für völlig falsch. Ich glaube das der Architekt angehalten ist, Kommunikation zu fördern. Und da ist mir lieber, wenn sich einmal zwei streiten, als sie begegnen sich gar nicht. Durch Konflikte entstehen trotzdem Kontakte und entsteht auch die Durchmischung der Nationen. Das ist aber natürlich auch eine Frage des Preises. Vor ungefähr zwei Jahren hat sich die Stadt [Graz] in der Person von Frau [Elke] Kahr an mich gewandt. Ich sollte mit der Uni eine Studie machen, wie man denn kostengünstigen Wohnbau schaffen kann. Ich habe gesagt „solche Papiere habe ich euch schon abgeliefert und es ist nichts passiert. Ich mache etwas anderes. Ich versuche ein solches Beispiel auf die Beine zu stellen!“ Ich

habe dann durch eine ehemalige Architekturstudentin ein Grundstück in der Ulmgasse aufgetrieben, wo ungefähr 130 Wohnungen Platz haben. Die Forderung war eine absolute Durchmischung, die Schaffung von städtischen Räumen, in einer Art sich durchziehenden Promenade, große Grünflächen und kostengünstiger Wohnraum. Ich habe eine Menge Studien gemacht, musste dann aber ein Gutachten ausschreiben, weil es über 3000 Quadratmeter Geschoßfläche war. Dann habe ich einige junge Büros eingeladen, und gewonnen hat Baloon. Dadurch, dass ich alles aufbereitet habe, bin ich Generalplaner und Baloon bekommt, wie bei jedem gewonnenen Wettbewerb 30% der Einreichung. Das haben wir dann noch leicht umgearbeitet und dann mussten wir einen Investor finden, der sich auch kostengünstiges Wohnen einlässt. Als nächstes mussten wir eine Baufirma finden, die um 1450€ inklusive Tiefgarage und inklusive aller Honorare das Bauvorhaben ausführt. Daher mussten es ganz klare, einfache Baukörper sein, die auch wieder alle über Straßen erschlossen sind. Daraufhin habe ich mehrere Firmen eingeladen und diese lagen in etwa bei 1800€ oder 2200€ netto. Also weit über der Vorgabe. Ich habe mich mit drei der Firmen zusammengesetzt und habe ihnen klar gemacht, dass das zu viel ist. Das hat mir klargemacht, dass es Unmengen an Kleinigkeiten gibt, die einen enormen Einfluss haben, sei es ob es eine Loggia wird oder eine auskragende Terrasse, wie wird der Laubengang geplant, wie das Dach. Da kommt irrsinnig viel zusammen. Wir haben uns entschlossen, jeweils die günstigste Variante

herzunehmen. Am Ende ist dann nur eine Baufirma übrig geblieben. Die anderen sind bei 1700€ ausgestiegen. Mit dieser Firma konnte das Bauvorhaben um 1450€ gebaut werden, als Pauschale nter Garantie. Ich musste aber zuerst einen Bauträger finden, der das Grundstück kauft und da gibt es natürlich ein großes Problem bei den Preisen für die Wohnungen. Die Grundstückspreise sind relativ hoch. In der Innenstadt bekommt man Grundstücke nicht mehr unter 1200, 1300€ pro Quadratmeter. Da gibt es dann zwar hohe Dichten, aber die kann man nie ausnützen. Kein Bauträger ist also bereit, über 1000€ netto in die Nutzfläche zu investieren. Das hängt sehr starkmit den Grundstücken zusammen. Auf der Suche nach einem Bauträger haben alle bei 1450€abgewinkt, abgesehen von zwei Jungen, etwa 38-jährigen, die sich interessiert haben, einmal so ein Projekt zu machen, es zu probieren. So konnten wir das über die Bühne bringen und jetzt wurde gerade begonnen zu bauen. Die Stadt ist natürlich auch interessiert daran und verfolgt das mit, ob man zu diesem Preis wirklich durchkommt. Aber wir werden durchkommen. Das wäre ein positives Beispiel, wo allerdings die Flexibilität der Sandgasse fehlt. Aber es ist ein Beispiel für eine starke Durchmischung der Wohnungen und eine großartige preisliche Lage. Die Bauträger haben sich auch verpflichtet, die Wohnungen um maximal 7 € zu vermieten, auch die kleinen. Das war auch ein Kriterium. Dadurch verzichtet der Bauträger natürlich auf Gewinn. Jetzt könnte man natürlich Sagen, dass ist ein Sozialprojekt mit Leuten, die soziale Verantwortung übernehmen,

aber wie viele gibt es von denen? Wenige. Was kann man tun? Man könnte natürlich etwas über die Wohnbauförderung für die Genossenschaften erreichen.

AS Das wäre eine meiner nächsten Fragen gewesen.

HJT Ich wurde einmal vom Rechnungshof aufgefordert, die Wohnbauförderung zu novellieren. Das habe ich gemacht und damals dem Leiter der Wohnbauförderung vorgestellt. Aber das ist in der Schublade verschwunden. Denn was tut die Wohnbauförderung? Sie hat gewisse Preise - aktuell mit 1600 € - und alle gehen in der Kalkulation von diesem Betrag aus. Ich würde also bei der Wohnbauförderung sagen: Niedriger! Und wenn auf gewisse Experimente eingegangen wird,gibt es einen Zuschlag. Weiter könnte man in der Wohnbauförderung sofort gewisse Vorschriften etablieren. Zum Beispiel muss eine gewisse Flexibilität da sein, was die Wohnungen betrifft. Die Wohnanlage muss städtebaulich durchmischst sein. Es muss energetisch in Ordnung sein und städtebaulich keine geschlossene Community. Man könnte eine Nutzungsneutralität der Räume fordern oder die Möglichkeit haben, Aspekte dazuzuschalten oder zu entfernen. Durch die Wohnbauförderung könnte man den Wohnbau zeigerecht machen und angemessen für unsere Gesellschaft, aber das passiert nicht. Ich habe damals [Sandgasse] lauter Zusatzregelungen auferlegt bekommen, weil ja eine Wohnung nur eine Zugang haben darf. Dort waren es allerdings fünf. Der Polier hat, nach der Errichtung des Erdgeschoßes, für jede Wohnung nur eine Tür ausgeführt, die anderen hat er

zubetoniert. Auf meine Frage, was denn da los sei, hat er gesagt „Na, ein depperter Architekt hat da mehrere Zugänge gemacht!“ woraufhin ich gesagt habe „Ja, das bin ich, und jetzt reißen sie alles wieder raus!“ So etwas könnte ohne Probleme von der Wohnbauförderung gelenkt werden. Da wäre eine Möglichkeit da, den Wohnbau auf eine höheren Level zu bringen. Was tut man aber mit den vielen Privaten? Es passiert ja jetzt schon sehr stark, dass die Wohnbauträger - die gemeinnützigen! - nicht mehr ihrer Verpflichtung nachkommen, kostengünstigen Wohnbau zu bauen, sondern in der Stadt Graz schon überwiegend freifinanziert bauen. Freifinanziert sind sie dann mit den Preisen ähnlich wie die Privaten. Das ist meiner Ansicht nach nicht in Ordnung. Sie sagen, dass die Grundstücke so teuer sind, dass es gefördert nicht mehr möglich ist, diese zu erwerben. Etwa 500€ pro Quadratmeter geht sich noch aus, mehr allerdings nicht. Diese [Gemeinnützigen] flüchten also auch schon auf den freien Markt, wo sie höhere Preise verlangen können.

AS Was passiert dann mit den Gewinnen, die sie erwirtschaften?

HJT Naja, die haben ja keine Gewinne. Allerdings haben die großen Genossenschaften - und das ist ja kein Geheimnis - enorme Rücklagen. Wie schaut es jetzt mit den Privaten aus? Die privaten Bauträger - und ich lasse mir immer wieder, im Namen meiner Sekretärin - als Wohnungssuchender Projekte schicken. Da muss ich sagen, es ist eine absolute Katastrophe, was da für Wohnungen auftauchen. Sieben Quadratmeter Wohnraum, unglaubliche Dinge, die die

Leute dann wirklich kaufen, weil sie nichts anderes am Markt sehen. Die privaten Bauträger können tun was sie wollen. Die brauchen sich nur an die Bauordnung halten. Da gibt es keine Qualitätskontrolle. Der Wohnbautisch ist also die Qualitätskontrolle. Es ist enorm wichtig, das es diesen gibt. Ich würde sagen, jeder, auch jeder private, muss an den Wohnbautisch. Dann geht vieles nicht mehr so schief, wie es zur Zeit ist. Das ist politisch aber anscheinend nicht möglich, dass in Graz alle die eine Wohnbau planen und bauen auch zum Wohnbautisch müssen. Gut ist allerdings, dass bei der Regelung in Graz alle Bauträger - auch die Privaten - wenn der Umfang 3000€ Quadratmeter Bruttogeschossfläche übersteigt, ein Gutachtenverfahren machen müssen. Entweder Gutachtenverfahren oder zum Gestaltungsbeirat. Das ist in Ordnung. Es ist auch ganz wichtig, dass alle Bauträger, die im städtischen Bereich in den [denkmalgeschützten] Zonen bauen, zur ASVK müssen. Die ASVK schaut dann schon, dass alles eingehalten wird. Es gibt auch alte Bebauungspläne mit sehr hohen Dichten, die die ASVK nicht akzeptiert. Das sind dann Streitfälle, weil die Stadtplanung auf den lten Bebauungsplänen besteht. Das nächste Problem ist die Dezimierung der Wohnbauforschung auf die Energiefrage und nicht mehr „Was heißt eigentlich Wohnen?“. Niemand beschäftigt sich mehr mit der Frage. Was ist mit dem Begriff „Wohnen“ verbunden? Dieser Begriff muss von den verschiedensten Seiten, von der Soziologie, Psychologie, Medizin oder Verhaltensforschung, betrachtet werden. Darüber redet niemand mehr. Ich habe kürz-

lich in der Kleinen Zeitung gelesen, dass das „Wohnhochhaus“ das einzig Richtige ist, was das Wohnen zu Zeit braucht. Aber das wäre auch wieder das Kind mit dem Bad ausschütten. Das ist auch wieder nur einseitig gedacht. asselbe Problem existiert überall: es wird ein Thema aufgegriffen und alle anderen daraufhin gestrichen. Energie! Alles andere fällt weg. Mit hat eine Genossenschaft kürzlich nach einem Wettbewerb gesagt „Das ist wahrscheinlich der letzte gute Wohnbau, den wir machen, und dann machen wir nurmehr Punkthäuser, wegen der Energie.“ Der Wohnbau ist aber so vielfältig, dass er nicht auf ein oder zwei Parameter reduziert werden kann. Reininghaus ist diesbezüglich meiner Meinung nach schon auf einem ganz guten Weg. Da ist schon einiges gelernt worden.

Einerseits gibt es Quartiere, andererseits sind diese Quartiere jeweils auch mit städtischen Funktionen angefüllt. Leider sind hier aber auch die Dichten höher, was wir im städtischen Bereich nicht unbedingt brauchen. Wir hatten ja auch in Graz die Zeiten, in denen eine Bebauungsdichte von 0,8 schon eine Sensation war. Jetzt sind wir aber doch bei höheren Dichten. Es werden städtische Funktionen für diesen großen neuen Stadtteil integriert. Es gibt dort Hochhäuser und weniger hohe Gebäude, es wird eine sehr gut durchmischte Struktur. Da gibt es allerdings begleitende psychologische und soziologische Studien!

Warum passiert das jetzt? Weil die Stadtplanung diese Dinge vorgeschrieben hat. Die Stadtplanung kann natürlich gewisse Vorschritten machen, es wird ohnehin an allen

Ecken und Enden gebaut. Daraus kann sich dann auch etwas entwickeln.

AS Das wäre eine meiner nächsten Fragen gewesen. Zum Thema Sandgasse und Wohnbauforschung: Begleitende Wohnbauforschung. Das hat es für die Sangasse gegeben, jetzt für Reininghaus. Es ist natürlich wichtig, das nicht nur zu initiieren, sondern auch darauf zu schauen, wie es dann tatsächlich funktioniert. Was du jetzt beschrieben hast, gibt es jetzt am Papier, am Plan, also als Absichtserklärung und soll weiterhin begleitet werden, was ja begrüßenswert ist, um daraus zu lernen. Hat es das in der Vergangenheit gegeben? Hat es zum Beispiel bei deinem Projekt in der Sandgasse einen Folge-Forschungsauftrag gegeben, die das Projekt über die Jahre begleitet hat? Oder ist die Forschungsförderung dann ausgestiegen? Wie kann man sich das vorstellen? Etwas zu initiieren ist gut, etwas auf den Weg zu bringen ist wichtig, aber man sollte irgendwann daraus Erkenntnisse für das nächste Projekt ziehen. Das kann man ja eigentlich nur machen, wenn es weiterhin begleitet wird.

HJT Die Forschungsstelle des Landes Steiermark hat mir damals nur bei der Errichtung geholfen. Nämlich, dass jedes Modul seine individuelle Eingangstür hat und dass ich einen gewissen Prozentsatz für Infrastruktur bekommen habe, das diese sich ja in die Siedlung hineinzieht - Cafés oder soziale Einrichtungen. Das war ein großer Streitpunkt, da es damals geheißen hat, es müsste eigentlich von der Wirtschaftskammer finanziert werden. Das habe ich über das Land für den Forschungsauftrag durch-

gebracht. Was du ansprichst, nämlich den Forschungsauftrag für nachher, für die Begleitung und Überprüfung der tatsächlichen Funktionsweise, da war dann kein Geld mehr da. Das war mir trotzdem sehr wichtig, und ich habe das über zwei Dissertantinnen, eine Soziologin und eine Psychologin, und auch über Diplomarbeiten weiterverfolgt. So haben wir gemerkt, wie es funktioniert. Dazu muss man eines sagen: durch die Flexibilität am Arbeitsmarkt sind die jungen Leute nicht mehr so interessiert, Eigentumswohnungen zu kaufen, sondern entscheiden sich für Mietwohnungen.

AS ...oder sie können es sich nicht leisten.

HJT ...oder sie können es sich nicht leisten, genau. Ich kann mich erinnern, bei der Eröffnung meines Wohnbauinstitutes 2004, waren Politiker und alle Genossenschaften und Bauträger da. Da habe ich gesagt, dass die Zukunft de Wohnbaus im Mietwohnungsbau liegt. Alle waren dagegen.

„Nicht in Österreich“ etc. Ende 2005 hat es schon begonnen, dass ein Chef einer Genossenschaft mir gesagt hat, dass ich Rech gehabt habe. Er vermietet sogar in den Bezirkshauptstädten Mietwohnungen. Einfach weil die Leute sagen „Ich weiß nicht, wie lange ich da bin.“ - oder sie können es sich nicht leisten. Leider, muss ich sagen, müsste das Modell Sandgasse ein Mietwohnungsmodell sein. Der junge Direktor dieser Genossenschaft wurde entlassen und es kam eine junge Juristin als Nachfolgerin, die das gekippt hat und Eigentumswohnungen daraus gemacht hat. Das ist natürlich nicht so gut, weil es die Flexibilität einschränkt – im Mietwohnungsbau wäre es einfacher. Der Miet-

wohnungsbau ist meiner Ansicht nach eher die Zukunft - vor allem für die jüngere Generation. Aber du hast Recht. Es ist einerseits ist es durch die Flexibilität am Arbeitsmarkt bedingt, andererseits weil sich die Leute die Wohnung nicht leisten können. Wenn ich eine 100 Quadratmeter Wohnung hernehme und die kostet 400 000 - das können sich junge Leute nicht leisten.

AS Wer soll das finanzieren? Da wären wir wieder bei der Ausgangslage, beim hohen finanziellen Druck auf den Wohnungsmarkt.

HJT Tja. Ich glaube eben, die Chancen gibt es erst dann, wenn die Wohnungen günstiger werden, wenn der Wohnungsmarkt zum Großteil gesättigt ist. Vorher sehe ich da keine Chance. Die Mieten haben sich in den letzten fünf Jahren um 14% erhöht.

AS Genau, ich glaube das ist der aktuelle Wert in den Medien.

HJT Die Kaufpreise sind natürlich auch in die Höhe gegangen. Sobald der Wohnungsmarkt gesättigt ist, werden die Preise auch wieder sinken. Im Moment gibt es wahnsinnig viele Leute - auch durch die Finanzkrise - die Wohnungen als Anlage kaufen. Überall sieht man „Anlegerwohnungen zu verkaufen“. Ich glaube, dass die Leute, die diese Wohnungen kaufen, große Gefahr laufen, dass sie in zehn Jahren nicht mehr um den ursprünglichen Preis verkaufen können. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Wohnungsmarkt noch stärker wächst. Irgendwann ist das Limit erreicht. Ich habe kürzlich eine kleine Wohnanlage in Waltendorf gesehen, deren Besitzer 5000€ pro Quadratmeter verlangt. Waltendorf ist ein teurer Bezirk, ja. Aber das ahnsinnige ist ja das, dass es sa-



nierte Gründerzeitbauten gibt, für die genauso 4000 verlangt wird - und das sind meisten Großwohnungen. Das können sich auch nur wenige leisten. Es gäbe natürlich noch eine andere Möglichkeit, dass wie besprochen in der Wohnbauförderung die Grenzen heruntergesetzt werden. Wobei da natürlich die Wohnbauträger jammern. Man kann zur Zeit bis zu 25% überziehen. Die sagen dann natürlich, dass es sich für sie nichtmehr auszahlt. Das ist eine schwer zu beantwortende Frage. Wieso komme ich mit der Ulmgasse auf 1450€? ich glaube wenn der Preis gesenkt wird, wird es genauso noch genügend Firmen geben, die das schaffen.

AS Naja, wenn es die Firmen nicht schaffen müssen, dann schaffen sie es auch nicht. Es gibt ja überhaupt keinen Kunden für 1450 €.

HJT Man muss den Genossenschaften mehr Regulierungen auferlegen - mehr gibt es nicht.

Schluss. Bei den Privaten ist es natürlich anders. Da kann niemand eingreifen und sagen, sie sollten um diesen und jenen Preis bauen.

AS Natürlich, aber da hast du ja Lenkungsmechanismen wie die ASVK oder den Gestaltungsbeirat angesprochen. Zumindest können diese in der Stadt Graz etwas beitragen.

HJT Ja, sie können etwas zur Qualität des Wohnens beitragen, aber beim Preis können sie nichts machen. Zumindest Wohnbauqualität ist gewährleistet, wenn es auch noch so teuer ist.

AS ...städtebaulich integriert.

HJT Bei der Wohnbauförderung muss auch inbegriffen sein, dass ein Wohnbau ab einer

gewissen Größe eine gewisse Infrastruktur hat. Wie das bei den Wettbewerben in Reihenhaus gehandhabt wurde, müsste ich mich jetzt erkundigen. Ich denke es war vorgeschrieben, da bauen ja nicht nur Private sondern Genossenschaften. Meines Wissens ist das in der Förderung aber immer noch nicht verankert. Bei den Ausschreibungen sind aber immer 20% für Infrastruktur.

AS Geschäfte, Cafés, Seniorenbetreuung, Kinderbetreuung und so weiter.

HJT Genau, das ist unglaublich wichtig. Sonst werden ganze Stadtteile zu Wohnghettos.

AS Das öffentliche Grün, die halböffentlichen und öffentlichen Flächen, die du ja schon Vorlage Zeit gefordert hast und dich dafür eingesetzt hast.

HJT So ist es.

AS Dann bedanke ich mich für das Gespräch.

HJT Ist das alles? Über den Wohnbau können wir morgen auch noch reden...das ist wichtig!

Graz, 2016

The significance of the insignificance

ANAH | Wolfgang Novak, Daniela Oberauer

Before speaking about Common Ground, we have to define the Common Ground. We realize that in recent times amongst architects there has been more and more conversation about the city, its architecture and its public realm. It seems a fashionable thing to do. We have debates on a global scale and on a regional level, extensive conferences and talks with big slogans but very often discussing small things around the corner.

We think that the view from inside the discipline and the self-assessment of architects enormously differs from the view from outside to the discipline. Architecture is becoming more and more marginalized and even unimportant in our society. And this is our own fault, because on the one hand we sense that there are too little serious conversations with too little reflection that causes a constant noise which at the end is nothing profound. And on the other hand, most of the talking does not go along with acting.

Architecture used to be a profession for people with a strong will to contribute to society with strong-willed, idealistic or even utopian ideas. When the MoMA in New York recently announced that it will be reorganizing some of its galleries and that they will permanently close its galleries dedicated to architecture and design - a museum famous for having the first permanent department of architecture and design of any museum in the world - we realized one more profound step towards a trend in the museum world to search for sort of multi-disciplinary exhibitions that display work for all the arts under a same title rather than showing solely architecture as a

core discipline. So we have to start asking ourselves the question, „What is architecture?“ Everything, as Hans Hollein stated in his essay in 1968, or is it something else? The American architectural critic Paul Goldberger once said that amongst the best pieces of architecture in New York City are the Central Park and the Brooklyn Bridge which are obviously not architecture in the classical sense.

Not to be misunderstood, we really think that architecture does matter, maybe even more than ever. So what do we have to do? What would be the consequences to get out of this vicious circle? We deeply believe that architecture has to be much more political. This should not be misinterpreted in this very Austrian sense of having a membership in a political party or of being dedicated to a certain political color and also not be mistaken as directly thinking about left or right positions. We have to be political in the way of both addressing and dealing with issues, which means taking a stance and not always being everybody's darling. We do not think about the question in which style should we build.

We think that we have to ask questions, what is architecture and design good for and if it does only serve a small amount of people to fill their pocket books or if it is a profession with a social and human conscience in order to develop a better society? We think about active engagement for social, political and environmental issues. Challenges for human society have always been on the table, but we sense that the world is getting more

and more complex and sometimes it seems that more and more, society is looking for bold phrases but with too simple solutions behind it. Progress and the new have positive aspects, flip sides which you see in the digital realm. Architecture as inherent discipline of inner conditions and outer projections should take over a responsibility and should try to get involved in the process of thinking about solving some of the major problems of our time.

We need designs which are clear symbols of freedom, of enlightenment and social engagement. We deeply believe in the processual approach towards a new understanding of the city and its people and an architecture which goes beyond the mere categories of costs, function or style in order to profoundly develop something which we then could call smart. If we continue to stick to the status quo, the discipline of architecture will soon be dead.

New York, 2016

AutorInnen

ANAH | Daniela Oberauer & Wolfgang Novak

Berlin/ New York

Wolfgang Novak graduated in Architecture from the TU Graz and received a MAS degree in Landscape Architecture from the ETH Zurich. After collaborating with different offices such as NOX architects in Rotterdam, he established novakarchitects in Salzburg. His work has been featured in many journals and magazines. Wolfgang has a broad experience in teaching. He held teaching positions in Kaiserslautern, Graz, Salzburg and in Munich and he regularly speaks at universities. As a founding member he initiates both the practical and theoretical work of Anah in the fields of architecture, urbanism and landscape. His agenda focuses on political, economical and space-related matters from an architect's perspective.

Daniela Oberauer was born in Salzburg in 1983. She received a Master of Arts in textil.art. design from the University of Arts in Linz, Austria. Prior to cofounding Anah in 2014, she gained extended professional experience in collaborating with fashion labels, theaters and in art and design productions in Vienna. Her work focuses on social and critical aspects of our environment. As a founding member she heads the research and publishing of Anah by being dedicated to improving the understanding of architecture, art and design in the society. Daniela develops the transdisciplinary approach of Anah. Her agenda focuses on the human interaction in the urban landscape.

Franz Denk

Wien

Franz Denk absolvierte sein Architekturstudium an der TU Wien. Er absolvierte Gastentwerfen bei Kazuo Shinohara und Hans Hollein. Ein Lehrauftrag am Institut für Hochbau der TU Wien bei Hans Puchhammer und William Alsop folgten. Seit 2000 leitet er ein Architekturbüro in Wien: dsp-architekten, ab 2006 denk.architektur. 2012 bis 2014 war er Leiter der Gebietsbetreuung- Stadterneuerung 03/11 in Wien.

Seit 2014 ist Denk Sprecher der IG-Architektur. Seine Schwerpunkttätigkeiten liegen in Städtebau, Stadterneuerung, Block- und Objektsanierung und Wohnbauforschung; darüber hinaus verfolgt Denk wissenschaftliche und publizistische Tätigkeiten. 2003 - 2006 arbeitete er im europäischen Interreg-IIIc-Projekt WOLKE 7. 2015 war er als Teilnehmer beim Architekturfestival „CAN Actions“ in Kiew eingeladen. Auszeichnungen erhielt er in mehreren Wettbewerbserfolgen, u.a. European 4 in Bratislava. Er erhielt die Talentförderungsprämie des Landes Oberösterreich, den Förderpreis der Stadt Wien und verschiedene weitere Förderpreise und Stipendien.

Roland Gnaiger

Linz

Roland Gnaiger ist Leiter der Studienrichtung Architektur und des Studios BASEhabitat and der Kunstuniversität Linz. Seine Projekte und Realisierungen bezeugen sein großes Interesse an ökologischen und sozialen – und seinen Sinn für kulturelle und ästhetische Fragen. Viermal wurden seine und in Zusammenarbeit geplanten Bauten mit dem „ZV Preis“ ausgezeichnet. Solararchitektur und Fragen eines energetisch und ökologisch optimierten Bauens haben bei ihm von Beginn an eine bedeutsame Rolle gespielt. Gnaiger war Mitglied der Vorarlberger Baukünstler. 1996 wurde Gnaiger zum Professor an die Kunstuniversität Linz berufen und leitet seitdem die Studienrichtung Architektur. Die an der Kunstuniversität versammelten Kompetenzen und das breite Interesse für gesellschaftliche Fragen, sind Grundlage des Studios BASEhabitat.

Eugen Gross

Graz

Eugen Gross absolvierte sein Studium der Architektur an der Technischen Hochschule Graz 1952-1958. Nach seinem Studienabschluss begann Eugen Gross seine Tätigkeit beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung und Praxis in Architekturbüros in Erlangen und Nürnberg. Neben seiner Rolle als Gründungsmitglied und Partnerschaft in der Architekturgemeinschaft Werkgruppe Graz von 1959-1989, beteiligte sich Gross langjährig in der universitären Lehre im In- und Ausland und ist seither eine kritische Stimme für die Baukultur und deren Vermittlung, die seine aktive Mitgliedschaft im Forum Stadtpark Graz, Österreichische Gesellschaft für Architektur und Zentralvereinigung der Architekten zeigen. Seine Arbeiten und Schriften sind in zahlreichen Veröffentlichungen und Ausstellungen publiziert sowie prämiert worden.

Tanja Gurke

Graz

Tanja Gurke hat das Doktoratsstudium Kunstgeschichte in Graz abgeschlossen. Seit vielen Jahren arbeitet sie in der Grazer Kunst- und Architekturszene, organisiert Architekturführungen, kuratiert nationale und internationale Ausstellungen, arbeitet im Verlagsbereich nach einer Ausbildung als Buchhandelskauffrau und mehrjähriger Erfahrung im Verlagswesen und und ist seit mehreren Jahren für Organisation, Presse und Büroleitung im Grazer Kunstverein zuständig.

Alexander Hagner

Wien

Alexander Hagner studierte, nach der Absolvierung einer Tischlerlehre, Architektur an der Universität für angewandte Kunst in Wien. Er war Teil der Meisterklasse von Prof. Johannes Spalt und Prof. Wolf D. Prix (Coop Himmelb(l)au). Seit 1997 ist er selbständig in Wien tätig, wo er 1999 das Architekturbüro gaupenraub+/- gemeinsam mit Ulrike Schartner gründete. Zahlreiche Preise machten die Projekte des Büros auch international bekannt. Seit 2000 begleiten Lehraufträge, Gastkritiken und Workshops an renommierten Hochschulen seine selbständige Tätigkeit. Von 2008-2009 arbeitete Alexander Hagner als Universitätsassistent an der Technischen Universität Wien, wo er 2015-2016 Gastprofessor war. Im Herbst 2016 startete er die neue Stiftungsprofessur für Soziales Bauen an der FH Kärnten. Alexander Hagner ist ebenfalls eine kritische Stimme im aktuellen Architekturdiskurs Österreichs. Seine Arbeiten mit gaupenraub +/- in sind in Print- und Online Medien publiziert.

Anke Strittmatter

Graz

Anke Strittmatter ist Architektin und Urbanistin. Als Lehrende an der FH Joanneum Graz ist sie in den Bereichen Urban Design und Exhibition Design und als Projektleiterin des EU Forschungsprojekts Human Cities_Challenging the City Scale tätig. 2008- 2010 war Strittmatter Vorstandsmitglied des Haus der Architektur Graz, 2004 Dozentin für Urban Design an der Universität Trisakti in Jakarta, Indonesien. Seit 2003 ist sie Mitglied der Künstler- und Architektengruppe osa-office for subversive architecture mit dem Fokus auf Interventionen im öffentlichen Raum. Von 1997 – 2003 war sie als Assistentin an der der TU Darmstadt tätig, 1995 – 1996 Postgraduiertenstudium Housing and Urbanism an der Architectural Association, School of Architecture London. 1990 erhielt sie ihr Architekturdiplom an der FHT Stuttgart.

Hansjörg Tschom

Graz

Hansjörg Tschom studierte Architektur an der TU Graz. Das Medizinstudium belegte er für ein Jahr an der Universität Innsbruck und die Fachrichtungen Psychologie und Philosophie an der Karl-Franzens-Universität Graz. Sein Vertiefungsstudium wählte er Krankenhausbau. Von 1970 bis 1974 war er Partner im Büro „austria hospital“ tätig. 1981 gründete er sein Büro, wo er mehrere Wettbewerbserfolge und realisierte Projekte zu verzeichnen hatte. 1971 trat Tschom als Delegierter Österreichs in die „public health group“ der UIA ein. Hiernach folgte seine Promotion, mit der er den Lehrauftrag für Wohnbau an der TU Graz erhielt. 1980 wurde er hier Universitätsdozent, wo er 1987 die Professur antrat. Er war Vorstandsmitglied im Institut für Städtebau und Umweltgestaltung und seit 2004 im Institut für Wohnbau der TU Graz. Tschom publizierte zahlreiche Veröffentlichungen im Sozial- und Gesundheitswesen sowie im sozialen Wohnbau. Im Rahmen seiner UIA-Tätigkeit und als Mitglied nationaler und internationaler Gremien, Konferenzen erwarb er auf nationaler, internationaler Ebene Ansehen.

Zentralvereinigung der ArchitektInnen (ZV) - Steiermark

Graz

Die Zentralvereinigung versteht sich als eine Interessensvertretung der ArchitektInnen, im Sinne des „Interesses“. Sie ist eine kulturelle Vereinigung mit dem Ziel inhaltliche Arbeit an Architektur und Städtebau zu leisten und das Berufsbild der ArchitektInnen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Durch die Bearbeitung thematischer Schwerpunkte werden sowohl interne wie externe Kommunikationsprozesse in Gang gesetzt, neue Tendenzen aufgespürt, als auch an einem sich ständig wandelnden Qualitätsbegriff in der Architektur gearbeitet. Die Mitglieder der ZV bekennen sich zu einer hohen Qualität innerhalb ihres Berufsstandes. Die ZV steht ArchitektInnen, AbsolventInnen und StudentInnen zur Mitgliedschaft offen.

Online: www.zv-steiermark.org

Vorstandsmitglieder:

Martin Brischnik (Präsident), Armin Stocker (Vizepräsident), Martin Pilz (Kassier), Burkhard Schelischansky (Schriftführer), Claudia Volberg

Impressum

Common Ground - Unser Gut und Lebensraum

ZV - Landesverband für die Steiermark
Palais Thinnfeld, Mariahilferstraße 2
A-8010 Graz, Austria
www.zv.at

Herausgeber: Claudia Volberg, Martin Brischnik, Burkhard Schelischansky,
Armin Stocker, Martin Pilz (Vorstand ZV- Steiermark)

Layout: Claudia Volberg

Lektorat: Ruth Scheuer (deutsch), Sarina Kriechbaum (englisch)

Titelbild (vorne): *Aleppo*, Thomas Stellmach - Architektur TSPA Berlin

Titelbild (hinten): *Graz*, Schwarzplan.eu

Druck: Printservice TU Graz

© 2016 Verlag der Technischen Universität Graz

www.ub.tugraz.at/Verlag

ISBN (print) 978-3-85125-499-0

ISBN (e-book) 978-3-85125-500-3

DOI 10.3217/978-3-85125-499-0



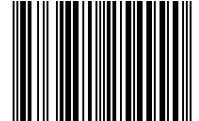
Dieses Werk ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.



ISBN 978-3-85125-499-0



9 783851 254990 >

TU
Graz

 **Das Land**
Steiermark
→ Kultur, Europa, Außenbeziehungen

ZV
Zentralvereinigung
der ArchitektInnen Österreichs
Steiermark